

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2020



Der Präsident hat das Wort

3

Im Tessin wird deutlich, was dem Rest der Schweiz noch blüht.



Kulturlandverlust stoppen

9

Jede Sekunde gehen 1,1 m² Kulturland verloren. Es wird eng im Land.



Unabhängige Studie

16

Bilaterale I machen Schweizer ärmer.



Zu viel ist zu viel!

JA+
zur Begrenzungs-Initiative

PC: 31-572732-0
begrenzungsinitiative.ch

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Die Schweiz ist ein kleines Land und in ein kleines Land können sich nicht immer mehr Menschen hineinzwängen! Der Platz ist beschränkt. Mit der Personenfreizügigkeit sind die Schleusen aber weit geöffnet, weil wir unsere Grenzen für rund 450 Millionen EU-Bürger geöffnet haben. In den letzten 13 Jahren sind deshalb bereits eine Million Menschen zusätzlich in unser Land gekommen. Jedes Jahr kommen im Durchschnitt über 50'000 Personen allein aus der EU dazu. Und jetzt in der Wirtschaftskrise, in der die Arbeitslosigkeit in unseren Nachbarländern steigt, werden es sogar noch mehr sein!

Stellen Sie sich vor, die Türe Ihres Hauses ist Tag und Nacht weit offen und jeder spaziert hinein und bedient sich an Ihrem Kühlschrank. Niemand würde dies freiwillig so machen, aber es beschreibt die Situation, in der sich die Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 befindet. Seither haben rund 450 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

«**Besonders hart trifft es ältere Schweizer Arbeitnehmende. Sie werden von jungen, billigen EU-Ausländern verdrängt.**»

Das heisst, sie und nicht wir Schweizerinnen und Schweizer bestimmen, ob sie in unser Land kommen. In welches Haus respektive in welches Land zieht es

die Zuwanderer? Dorthin, wo der Kühlschrank am vollsten ist. Das heisst in das Land mit den höchsten Löhnen und den besten Sozialleistungen. Richtig: In die Schweiz.

Die negativen Folgen dieser masslosen Zuwanderung bekommt jede Schweizerin, jeder Schweizer täglich bei der Arbeit, im Stau auf den Strassen oder in verdreckten und unpünktlichen Zügen zu spüren. Unsere schöne

Landschaft wird zubetoniert und auch unsere Kinder leiden unter der masslosen Zuwanderung: In vielen Klassen sind mehr als die Hälfte der Schüler fremdsprachig.

Erwiesenermassen sinkt der Lernerfolg bereits ab einem Anteil Fremdsprachiger von 20 Prozent. Laut den neuesten Pisa-Studien können die Kinder in der Schweiz immer weniger gut rechnen und lesen. Und dies bei massiv steigenden Bildungskosten.

In der Krise verschärft sich die Situation

Besonders hart trifft es ältere Schweizer Arbeitnehmende. Sie werden von jungen, billigen EU-Ausländern verdrängt. Denn das Märchen, dass die Personenfreizügigkeit der Schweizer Wirtschaft die benötigten Fachkräfte bringt, ist schon lange widerlegt: Fast die Hälfte der Zuwanderer kommt nicht wegen der Arbeit. Und vom Rest arbeitet nur jeder Fünfte in einem Beruf, in dem ein Mangel an Fachkräften herrscht.

In der aktuellen Wirtschaftskrise verschärft sich die Situation. Jetzt gilt es, unsere Schweizer Arbeitnehmenden zu schützen. In unseren Nachbarländern, aber auch in den anderen EU-Staaten steigt die Arbeitslosigkeit teils massiv. Deshalb werden jetzt von dort noch mehr Menschen in die Schweiz drängen, um hier eine Stelle oder einen Platz in unserem grosszügig ausgestatteten Sozialsystem zu finden. Wegen der Personenfreizügigkeit kann sie niemand aufhalten.

Diese Masslosigkeit schadet unserem Land. Eine massvolle Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmender hingegen hilft dem ganzen Land. Deshalb müssen wir wieder Herr im eigenen Haus werden und am 27. September der Begrenzungs-Initiative zustimmen.

**Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer**



Marcel Dettling, Nationalrat, Mitglied Parteileitungsausschuss, Kampagnenverantwortlicher, Landwirt, Oberiberg (SZ)

Die Schweiz braucht Sie!

Die Corona-Krise hat uns deutlich vor Augen geführt, dass die EU ein reines Schönwetter-Projekt ist. In der Krise sind die Bürokraten aus Brüssel unfähig, für die Gemeinschaft einzustehen. Im Krisenfall sind die Abkommen mit der EU das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind, jedes Land schaut für sich. Dringend benötigte Schutzmaterialien und Hilfsgüter wurden von anderen Ländern zurückgehalten. Nur dank grossem Einsatz der SVP-Bundesräte erreichten sie trotzdem noch verspätet unser Land.

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar:

Fortsetzung von Seite 1

Schweizer Arbeitsplätze schützen

Aktuell sind in der Schweiz bereits mehr als 150'000 Menschen arbeitslos, über 1 Million sind in Kurzarbeit und rund 2 Millionen Arbeitnehmende sind für Kurzarbeit angemeldet. Experten prognostizieren für den Herbst eine grosse Entlassungswelle.

Deshalb gilt es jetzt, unverzüglich die Schweizer Arbeitsplätze zu schützen. Schluss mit der Entsorgung Schweizer Arbeitnehmender zugunsten von billigen EU-Arbeitskräften. Schluss mit der Plünderung der Sozialwerke durch EU-Scheinfachkräfte. Schluss mit dem Lohndumping durch Billigarbeiter aus der EU.

Wir müssen endlich die Zügel wieder selbst in die Hand nehmen. Wir Schweizer müssen selber entscheiden können, wer in unser Land kommen darf und wer nicht. Wir lassen uns nicht länger von den EU-Bürokraten befehlen, was wir in unserem Land zu tun und zu lassen haben.

Wir Schweizer sind ein stolzes Volk. Wir lieben die Freiheit und lassen uns nicht erpressen. Setzen wir diesem erpresserischen Handeln der Brüsseler Kommandozone ein Ende. Bestimmen wir wieder selber, was gut ist für unser Land. Eine Million Zuwanderer in 13 Jahren ist definitiv nicht verkraftbar für unser kleines Paradies Schweiz. Ich will keine 10-Millionen-Schweiz, wo wir nur noch eng zusammengepfercht leben können. Zu viel ist zu viel.

Helfen Sie mit, unser Paradies zu verteidigen. Denn das Erfolgsmodell Schweiz ist kein Selbstläufer. Noch vor gut 100 Jahren war die Schweiz mausarm. Nur dank unermüdlichem Fleiss, grosser Eigenverantwortung und der liberalen Gesellschaftsordnung haben wir es zu dem gebracht, was wir heute sind.

Sagen sie Ja zur Schweiz, sagen Sie Ja zur Begrenzung der Zuwanderung.



Das Gleichgewicht bewahren

In jedem Land besteht die Wirtschaft aus drei Produktionsfaktoren: Boden, Kapital und Arbeit. In modernen, hochentwickelten Volkswirtschaften kommt das Know-how hinzu. Und gewisse Ökonomen nennen jeweils auch noch die Energie. All diese Faktoren sind notwendig, damit eine Wirtschaft Güter produzieren und Dienstleistungen erbringen kann.



Ueli Maurer, Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), Hinwil (ZH)

Das freie Zusammenspiel dieser Wirtschaftsfaktoren nennt man Marktwirtschaft. Ihr haben wir unseren grossen Wohlstand in der Schweiz zu verdanken. Seit ich in der Politik bin, setze ich mich dafür ein, dass der Staat möglichst wenig in den Markt eingreift.

Allerdings ist es nicht so, dass ein Staat gar nie eingreifen darf. Sonst wäre er ja überflüssig. Auch der liberale Staat muss tätig werden,

wenn Entwicklungen aus dem Ruder laufen. Denn wenn er bei offensichtlichen Auswüchsen und Missständen nicht handelt, lässt er seine Bürgerinnen und Bürger im Stich.

Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren verloren geht. Denken wir an den Boden. In unserem kleinen Land ist dieser knapp und braucht schon lange unseren speziellen Schutz. Wir haben Zonenordnungen, damit unser schönes Land zumindest nicht ganz planlos zubetoniert wird. Wir haben das bäuerliche Bodenrecht zum Schutz der Landwirtschaft. Und wir haben Einschränkungen für den Immobilienerwerb durch Ausländer. All diese Massnahmen sind für uns selbstverständlich; sie gelten allgemein als dringend notwendig und sind sogar über die politischen Lager hinweg weitgehend unbestritten.

Oder denken wir an den Produktionsfaktor Kapital: Der Bund wird von unserer Verfassung zu einer Konjunkturpolitik verpflichtet. Und die Nationalbank betreibt Geld- und Währungspolitik. Momentan gehört es zu ihren wichtigsten Aufgaben, den massiven Zustrom von fremdem Kapital aus dem Ausland zu begrenzen. Niemandem käme es in den Sinn, unsere Nationalbank abzuschaffen und auf unsere Eigenständigkeit in diesem Gebiet zu verzichten.

Nicht anders bei der Energie. Auch hier gibt die Verfassung Vorgaben, um die Entwicklung zu steuern. Sogar beim Know-how sorgt der Bund unter anderem mit dem Patent-, Urheber- und Markenrecht für Schranken und geordnete Verhältnisse.

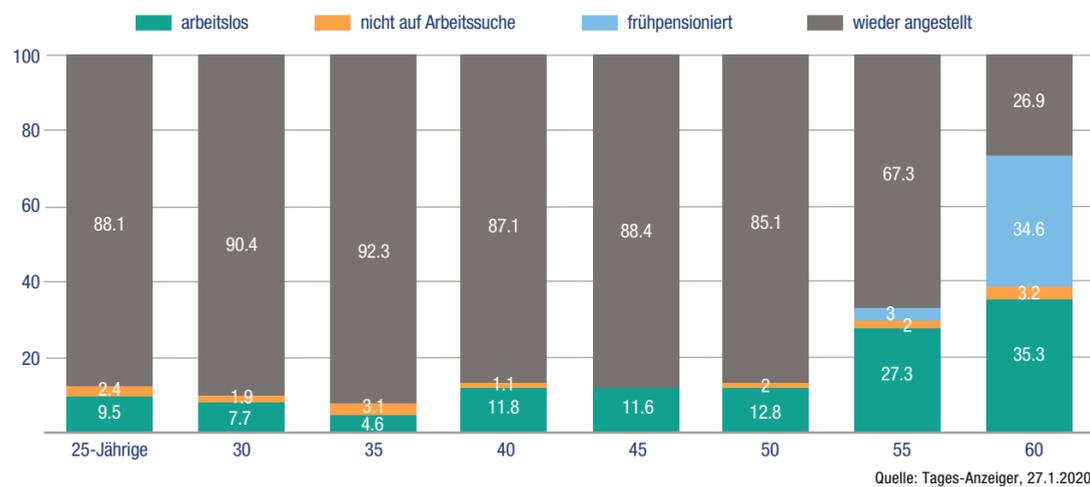
Wie aber sieht es beim Produktionsfaktor Arbeit aus? Die Schweiz er-

lebte in den letzten Jahren eine unglaublich starke, ungesteuerte Zuwanderung. Dadurch ist das eingespielte Gleichgewicht verloren gegangen. Löhne entwickeln sich nur schwach oder stagnieren; gleichzeitig steigen die Immobilienpreise und die Mieten. Für viele ist das schon bei guter Konjunktur eine schwierige Situation. In einer Krise dagegen wird daraus sozialer und wirtschaftlicher Sprengstoff.

Meiner Meinung nach darf eine verantwortungsvolle Politik Entwicklungen nicht eskalieren lassen. Für unser Land ist es wichtig, dass sich die verschiedenen Produktionsfaktoren im Gleichgewicht befinden. Ist das nicht der Fall, sollte man rechtzeitig und massvoll eingreifen. Nur so können sozialer Friede, Stabilität, Wohlstand und Lebensqualität auf Dauer gewahrt werden.

Die ungebremste Zuwanderung trifft vor allem ältere Arbeitnehmende – ein Drittel findet keine Stelle mehr

Situation zwei Jahre nach der Entlassung, nach Alter in %



Ältere Arbeitnehmende werden durch günstige ausländische Arbeitskräfte ersetzt. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit nahm die Sozialhilfequote bei den 46- bis 55-Jährigen um 20% und bei den 56- bis 64-Jährigen sogar um 40% zu (Quelle: BFS)



Albert Rösti, Nationalrat, Gemeindepräsident, Uetendorf (BE)

«Die SVP ist die einzige Partei, welche die älteren Arbeitnehmenden nicht zu Almosenempfängern macht, sondern ihre Arbeitsstellen vor der ausländischen Billigkonkurrenz schützen will.»

Herausgegriffen:



Lukas Reimann, Nationalrat, Präsident Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Jurist, Wil (SG)

«Jetzt müssen wir unsere Arbeitsplätze und Löhne schützen und einen echten Inländervorrang durchsetzen. In der Krise kommen die Menschen zuerst, die hier leben. Sie haben Vorrang gegenüber Neu-Zuwanderern, was in den meisten Staaten dieser Welt so gilt. Umschulen, Fördern, Weiterbringen hilft den Menschen in Not wirklich und gibt Perspektiven für die Zukunft. Das ist 1000x sinnvoller, als jemanden aus dem Ausland zu holen. Wer so handelt, handelt verantwortungslos und unmenschlich! Ein JA leistet einen Beitrag für ein Gleichgewicht in der Politik, die zunehmend von ausländischen Konzernmanagern diktiert wird. Diese interessieren sich nicht für Wohlstand und Lebensqualität aller Schweizerinnen und Schweizer, dafür umso mehr für Lohndumping.»

Impressum: EXTRABLATT

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'084'837 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, dpa, pixabay, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

gedruckt in der
schweiz

Die Krise bringt es an den Tag

Schon im frühen Stadium hat die Corona-Krise offengelegt, wie verletzlich und abhängig wir geworden sind und was Schönwetter-Regeln wert sind.

Darum: Unabhängigkeit und Entscheidungsautonomie sind gerade in schwierigen Zeiten von existenzieller Bedeutung.

Zum Zeitpunkt, an dem ich diesen Artikel schreibe, hat das Coronavirus weltweit Tausende von Toten gefordert und eine Wirtschaftskrise historischen Ausmasses herbeigeführt. In einer solchen Krisensituation ist es das Wichtigste, dass der Bundesrat die Führung übernimmt und die Bevölkerung sich an die Empfehlungen hält, ohne lange darüber zu diskutieren, was anders gemacht werden könnte. Ebenso wichtig ist im Nachgang zur Krise die schonungslose Analyse der getroffenen Massnahmen.

Zugleich ist es wichtig, dass wir uns schon heute notieren, über welche Fragen nach ausgedehnter Krise nachgedacht werden muss. Die

rasante Ausbreitung von Corona hat uns alle zu dem gemacht, was bisher eher ein Schimpfwort für vermeintlich Rückständige war: zu Globalisierungsverlierern.

Unvermittelt ist uns bewusst geworden, dass nicht nur Waren in den Tagen um den Globus zirkulieren, sondern auch Viren. Der freie Warenverkehr ist in mancher Hinsicht ein Segen. Aber er kann im Handumdrehen zum Fluch werden. Künftig werden wir Vorkehrungen treffen müssen, um Infektionsketten besser unterbrechen zu können.

Eine masslos überdrehte Weltwirtschaft, die dank viel zu billiger

Transporte auf eine Lagerhaltung verzichtet und alles just in Time bestellt, manövriert die Länder gedankenlos in schmerzhaft Abhängigkeiten. Sobald die gut geschmierten Abläufe ins Stocken geraten, fehlen uns innert kurzer Zeit notwendige Grundstoffe für Medikamente, Schutzmasken und Desinfektionsmittel. Künftig werden wir definieren müssen, was zwingend in minimaler Menge an Lager sein muss.

In der Krise ist sich jeder selbst der Nächste. Binnenmarkt? Freier Warenverkehr? Treu und Glauben? Alles Schönwetter-Konzepte, die ausser Kraft gesetzt werden, wenn es existenziell wird. Dann schliessen sich Grenzen und es werden Exportstopps verhängt. Der Dumme bleibt jener, der sich vertrauensselig auf Regeln und Abkommen verlassen hat. Dessen müssen wir uns bewusst sein, wenn es etwa um den Rahmenvertrag mit der EU geht.



Andreas Aebi, Nationalrat, 1. Vizepräsident des Nationalrates, Landwirt und Unternehmer, vor seinem Bauernhof, Alchenstorf (BE)

Ein paar wenige Wochen haben der Welt und insbesondere dem sorglosen Westen gezeigt, wie schnell sich das Blatt wendet. Ich bin überzeugt, dass unsere Landesverteidigung und die Versorgung der Schweiz durch unsere eigene Landwirtschaft nach der Corona-Krise wieder mehr Wertschätzung in der breiten Bevölkerung geniessen werden. Dass wir künftig skeptischer über die Auslagerung von Industrieproduktion

ans andere Ende der Welt diskutieren. Vor allem aber bin ich überzeugt, dass wir uns mehr denn je glücklich schätzen dürfen, über diese Fragen als unabhängiges Land mit einer direkten Demokratie auch allein entscheiden zu können. Ich bin stolz, jener Partei anzugehören, die dies schon mit Überzeugung vertrat, als sie von allen anderen noch als ewiggestrig diffamiert wurde.

Im Tessin wird deutlich, was dem Rest der Schweiz noch blüht

Der Präsident hat das Wort

Heute leiden vor allem Grenzregionen wie das Tessin massiv unter den negativen Folgen der Personenfreizügigkeit. Wenn wir die masslose Zuwanderung nicht begrenzen, dann ist das Tessin bald überall.



Marco Chiesa, Ständerat, Präsident SVP Schweiz, Betriebsökonom, Ruvigliano (TI)

In den letzten 13 Jahren sind rund 1 Million Menschen in die Schweiz eingewandert. Prognostiziert war eine Nettozuwanderung von höchstens 10'000 Menschen aus der EU pro Jahr. Doch lassen wir die Versprechen des Bundesrates kurz beiseite. Sprechen wir lieber über die Tausenden von Familien, die in Grenzkantonen wohnen. Sie wollen von ihrer Arbeit leben und suchen Lehrstellen für ihre Kinder. Viele von ihnen – vor allem Ältere und Junge – finden keine Stelle.

Wegen der Personenfreizügigkeit strömen billige EU-Ausländer unter anderem als Grenzgänger auf den Schweizer Arbeitsmarkt, wo sie einheimische Arbeitskräfte verdrängen.

Im Tessin arbeiten mehr Ausländer als Einheimische

Im Tessin arbeiten mittlerweile mehr EU-Ausländer als inländische Arbeitnehmende. Das Lohndumping ist so massiv, dass unsere Kantonsregierung bereits 21 Normalarbeitsverträge mit zwingenden Mindestlöhnen ausarbeiten musste, um die Löhne zu stabilisieren. Auch führt die unkontrollierte Zuwanderung zu mehr Kriminalität, mehr Umweltverschmutzung, mehr unlauterem Wettbewerb, mehr Staus auf den Strassen und letztlich zu weniger Lebensqualität für alle, vor allem für den Mittelstand. Denn dieser leidet am stärksten unter der masslosen Zuwanderung.

Das Tessin ist kein Einzelfall. Auch Genf und andere Grenzregionen kämpfen mit solchen Problemen. Das sollte unsere Landsleute in der deutschen Schweiz aufrütteln. Denn was in den Grenzregionen geschieht, sind die Vorboten dessen, was bald im Rest unseres Landes Realität sein wird. Zumal die Corona-Krise und die damit einhergehende Wirtschaftskrise zu mehr Arbeitslosigkeit in Europa führt. Dadurch wird die Schweiz für EU-Bürger noch attraktiver.

Die anderen Parteien unterwerfen sich der EU

Die anderen Parteien kehren diese Probleme unter den Teppich. Dabei sind Volksvertreter verpflichtet, im Interesse der Bürger zu handeln. Wir dürfen uns weder vor grossen Konzernen noch vor internationalistischen Eliten fürchten. Und schon gar nicht vor jenen, die unser Land der EU unterwerfen wollen. Sie wollen uns weismachen, Bundesbern habe das Problem erkannt und dass die Situation unter Kontrolle ist. Aber wir Tessiner wollen kein Verständnis, wir wollen echte Lösungen. Es ist illusorisch, sich gegen Lohndumping auf flankierende Massnahmen zu verlassen – eine Fleischwunde versorgt man ja auch nicht mit einem Pflaster.

Ich sage JA zur Begrenzungs-Initiative und damit JA zur massvollen Zuwanderung. Ich will die Schlüssel zu meinem Haus, zu unserer Schweiz, in den eigenen Händen haben. Heute fühle ich mich ohne Regeln und ohne wirksamen Schutz wie ein Gast im eigenen Haus.



Die Tessinerinnen und Tessiner leiden stark unter der unkontrollierten Zuwanderung. Lohndumping, unlauterer Wettbewerb, Staus und eine hohe Kriminalität sind leider Alltag.



Guy Parmelin, Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung, Bursins (VD)

« Gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich der Wert der einheimischen produzierenden Landwirtschaft. Lassen wir den Schweizer Bauernfamilien den notwendigen Spielraum, damit sie ihre wichtige Arbeit erfüllen können. Gleichzeitig sollten wir die landwirtschaftliche

Forschung stärken, um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. »

ES WIRD eng



Begrenzungsinitiative.JA

AUNS ASIN ASNI Aktionskomitee; AUNS - Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen

ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE



Jetzt Video zur Begrenzungs-Initiative ansehen auf www.randvoll.ch



Eine Million mehr Einwanderer in den letzten 13 Jahren So betoniert die masslose Zuwanderung die Schweiz zu

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit vor 13 Jahren haben sich rund 1 Million Zuwanderer in unsere kleine Schweiz gedrängt. Die Folgen sind für uns alle tagtäglich spürbar: Überfüllte Züge und Trams, verstopfte Strassen, zubetonierte Grünflächen, mehr Wasser und Stromverbrauch und und und ...

« Die Auswirkungen der masslosen Zuwanderung der letzten Jahre spüren wir alle jeden Tag: Wo vor Kurzem noch eine grüne Wiese war, stehen jetzt Wohnhäuser, täglich stehen wir im Stau oder in überfüllten Zügen. Jetzt ist genug! Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz. »



Esther Friedli, Nationalrätin, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

1 Million Zuwanderer benötigen ...



Sehen Sie, wie die masslose Zuwanderung die Schweiz zerstört, auf: www.zuviel.ch

Mässigung oder Masshalten ist eine altbewährte Tugend, die gerade heute wieder an Bedeutung gewinnt. Sie gilt für den Staat, die Gesellschaft, die Wirtschaft und jeden Einzelnen. Seit 2007 kann die Schweiz nicht mehr selber bestimmen, wer für wie lange in unser Land kommen kann. Die Folge ist eine masslose Zuwanderung, deren Auswirkungen wir alle jeden Tag mehr und mehr spüren. Diese Masslosigkeit gefährdet die Schweiz, unsere Infrastruktur, unsere Sozialwerke und unsere Lebensqualität.

Fazit: Jetzt ist die letzte Gelegenheit, die Zuwanderung in unser Land wieder selber zu steuern und zu bestimmen!

Quelle: Bundesamt für Statistik, BFS; LITRA, Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr.

Wer kommt eigentlich?

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind rund eine Million Menschen in die Schweiz eingewandert. Trotzdem jammern Politik und Wirtschaft über einen Mangel an Fachkräften. Offene Grenzen sind nicht die Lösung. Wir wollen eine massvolle Zuwanderung im Interesse der Schweiz.



Franz Gräter, Nationalrat, Unternehmer, Eich (LU)

Wer die Augen offen hat, hat es schon länger bemerkt: Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren enorm gewandelt. Ob in den Bahnhöfen oder Städten, im Ausgang oder an den Schulen – unser Land hat sein Gesicht verändert. Und dies nicht nur im positiven Sinne. Die schädlichen Folgen der unkontrollierten Zuwanderung werden immer deutlicher.

Die Befürworter der totalen Personenfreizügigkeit sagen immer, die Schweiz sei wegen der fehlenden Fachkräfte auf

die Zuwanderung angewiesen. Natürlich braucht unser Land Fachkräfte. Die Frage ist nur, wer tatsächlich zu uns kommt. Selbst international renommierte und liberale Experten wie der Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman sagen, dass man Handel und Währungen liberalisieren kann, nicht jedoch die Migration, ausser man würde die Sozialhilfe abschaffen, was unrealistisch ist. Und so stellt sich die Frage: Sind es wirklich vorwiegend gut ausgebildete Leute, die in die Schweiz kommen? Wie viele der Zugewanderten kommen wegen der Arbeit und wie viele aus anderen Gründen? Und in welchen Branchen findet eine Verdrängung statt, obwohl dort schon Tausende Menschen arbeitslos gemeldet sind?

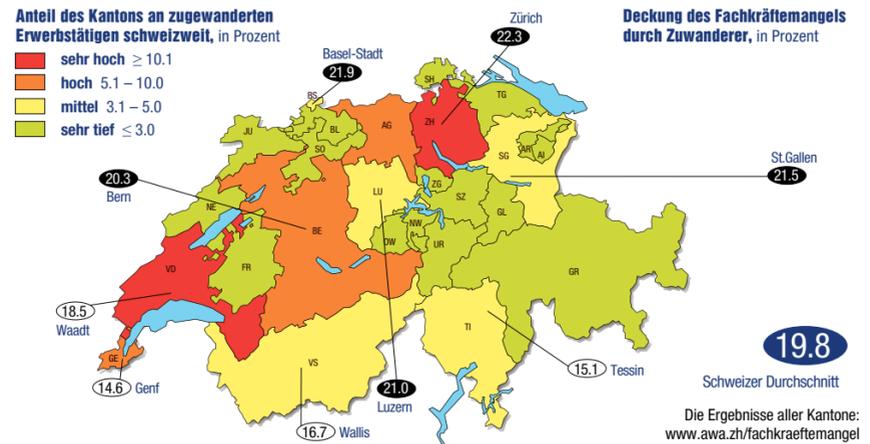
Schauen wir die Zahlen vom letzten Jahr genauer an. 2019 wanderten brutto 140'544 Personen in die Schweiz ein. Das entspricht der Einwohnerzahl von Lausanne, der viertgrössten Schweizer

Stadt. Von diesen rund 140'000 Zuwanderern nahm nur rund die Hälfte eine Erwerbstätigkeit auf. Der Rest kam ohne Arbeitsvertrag oder über das Asylsystem in die Schweiz. Den Hauptanteil macht der Familiennachzug aus mit 40'197 Personen. Das heisst, hier niedergelassene Ausländer haben ihre Kinder, Eltern und Grosseltern in die Schweiz geholt. Diese Form der Zuwanderung bedeutet in der Regel zusätzliche Sozialkosten und teure Integrationsmassnahmen.

Sinnlose Zuwanderung in Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit

Obwohl dauernd von Fachkräftemangel die Rede ist, kommt die Hälfte der Zuwanderer nicht wegen der Arbeit in die Schweiz. Sie zahlen praktisch keine Steuern und kaum Beiträge in die Sozialversicherungen. Parallel dazu findet in

Nur jeder Fünfte arbeitet in einem Beruf mit Fachkräftemangel



gewissen Wirtschaftszweigen eine Verdrängung der Arbeitskräfte statt. Ein Beispiel: Ende Dezember 2019 waren im Gastgewerbe 9'478 Personen als arbeitslos gemeldet. Trotzdem wanderten aus den EU/EFTA-Staaten 6'542 Personen für den Gastrosektor ein. Mit anderen Worten: Es kommen Tausende Service- und Küchenangestellte in die Schweiz, obwohl bereits Tausende Menschen in dieser Branche arbeitslos gemeldet sind. Ist das sinnvoll?

Die Personenfreizügigkeit ist das falsche Mittel

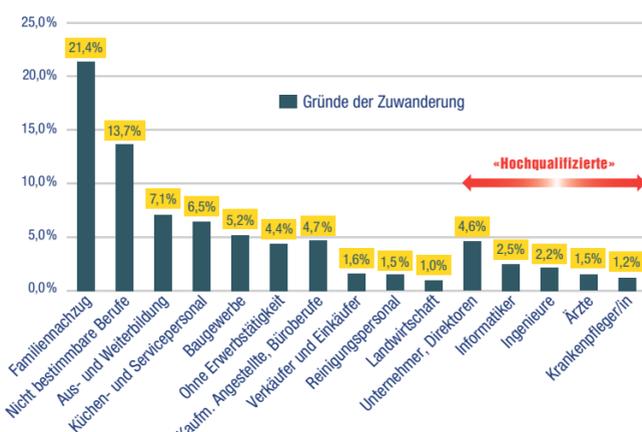
Mit der Begrenzungs-Initiative wollen wir solche Unsinnigkeiten

stoppen. Wir wollen eine massvolle, auf Schweizer Bedürfnisse zugeschnittene Zuwanderung. Unsere Wirtschaft und unser Gesundheitswesen brauchen hochqualifiziertes Personal. Aber die Personenfreizügigkeit ist das falsche Mittel dafür. Das zeigen die Zahlen. Auch aus der EU kommen hauptsächlich Familienangehörige und wenig Qualifizierte zu uns. Nur gerade jeder achte Zuwanderer ist Ingenieur, Ärztin, Informatiker, Krankenschwester oder Führungskraft. Führungskräfte aus anderen Sektoren sind hier nicht dabei.

Dass die totale Personenfreizügigkeit offensichtlich nicht die Lösung für den Fachkräftemangel ist, zeigt sich also deutlich. Und oft wird verschwiegen, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen eine Klausel enthält, die Neuverhandlungen ermöglicht. Man muss es nur tun!

Würden Sie die Türe zu Ihrer Wohnung oder Ihrem Haus sperrangelweit für jeden öffnen? Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit macht das die Schweiz! Kein Wunder, drängen sich immer mehr Menschen ungehindert in unser Land, denn bei uns gibt es die höchsten Löhne und die besten Sozialleistungen!

Die meisten kommen nicht, um hier zu arbeiten! Zuwanderungsgründe von EU-Bürgern 2019



Quelle: Eigene Darstellung (Auswahl wichtigster Berufe) auf Basis von SEM (Zuwanderung ständige und nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung mit Erwerb vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 und Zuwanderung ständige ausländische Wohnbevölkerung vom 01.01.2004 bis am 31.12.2019).

Zuwanderung: Bitte rechnen!



Reiner Eichenberger*, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg

Regierung, Wirtschaftsverbände und manche Medien haben ihre Kampagne gegen die Begrenzungs-Initiative schon eröffnet. «Personenfreizügigkeit bringt Wachstum und kaum Probleme», trommeln sie – genauso stereotyp wie falsch. Aber die Ersatzreligion hat System. Sie lenkt von den wahren Problemen ab.

Noch jubeln sie über den gerade erschienenen «16. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU» des Seco. Der Report des Staatssekretariats zeigt erneut, dass die Personenfreizügigkeit Wachstum und kaum Nachteile bringe. Dabei vergessen sie den Untertitel: «Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen». Auch der Observatoriumsbericht entspringt der engen

Perspektive von Regierung und Wirtschaftsverbänden.

Diese starren erstens nur auf den Arbeitsmarkt. Dabei drohen dort aus ökonomischer Sicht sowieso keine Probleme, solange der Arbeitsmarkt hinreichend flexibel bleibt. Denn sobald die Zuwanderung Lohndruck bringt, sinken ja auch die Lohnkosten, was es für Investoren wieder attraktiv macht, in neue Arbeitsplätze zu investieren. Damit bleiben die Löhne konstant beziehungsweise wachsen dank allgemeinem technischem Fortschritt mit der normalen Rate. Zweitens werden andauernd Wachstum insgesamt und Wachstum pro Kopf vermischt. Natürlich bringt das zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum ein Wachstum der Gesamtwirtschaft. Pro Kopf aber schadet es. Durch die Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltressourcen und Selbstversorgungszielen belastet es die Mehrheit der Bevölkerung – wobei viele Schäden nicht im Bruttoinlandsprodukt erscheinen.

Ein Beispiel ist die Klimapolitik. Die Schweiz könnte ihre CO₂-Reduktionsziele recht problemlos erfüllen, würde die Bevölkerung nicht so stark wachsen. Oder umgekehrt: Weil die Regierung die Emissionsreduktions-

ziele in Gesamtmenen festgelegt hat statt pro Kopf, wird es durch das starke zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum enorm teuer, die Ziele zu erreichen. Regierungen sollten halt Kopfrechnen können.

Entgegen aktuellen Medienberichten geht der Zuwanderungsdruck nicht zurück, sondern wächst stark. Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Migration ist die Nettozuwanderung von Januar bis März, den letzten Monaten ohne Lockdown, gegenüber dem Vorjahr geradezu explodiert: um 34,7 Prozent. Die Zuwanderung war damit wieder deutlich stärker als von 2016 bis 2018; laut den neuesten Zahlen ist sie auch von Januar bis Mai trotz Lockdown noch deutlich gewachsen – jene aus der EU um 16,6 Prozent. Doch darüber berichten die Medien kaum. Weshalb aber kämpfen Regierung, Wirtschaftsverbände und manche Medien so verbissen für etwas, das der Bevölkerung schadet? Die Bilateralen I sind es nicht, denn auch bezüglich deren Nutzen wird massiv übertrieben. Vielmehr profitieren manche von Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsaufblähung.

* Diese Kolumne von Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg, ist am 2. Juli 2020 in der «Handelszeitung» erschienen und wurde mit der freundlichen Genehmigung des Autors abgedruckt.

«Kontingente haben bis 2007 gut funktioniert»

Nationalrat und Unternehmer Thomas Matter räumt mit dem Märchen auf, Schweizer Unternehmen verläoren bei einem Ja zur Begrenzungs-Initiative den Zugang zum EU-Markt oder könnten keine Arbeitskräfte mehr im Ausland rekrutieren. Das Gegenteil ist wahr.



Thomas Matter, Nationalrat, Unternehmer, Präsident der Matter Group AG, Meilen (ZH)

Kann die Wirtschaft bei einem Ja zur Begrenzungs-Initiative im Ausland noch die nötigen Fachkräfte rekrutieren?

Selbstverständlich. Die Schweizer Wirtschaft hat 1970 von sich aus der Einführung von Höchstzahlen und Kontingenten zugestimmt. Damals wäre wegen der Massenzuwanderung vor allem aus Südeuropa beinahe die extreme Schwarzenbach-Initiative angenommen worden. Die Wirtschaft hat bis 2007 klaglos und erfolgreich mit Höchstzahlen und Kontingenten funktioniert – und tut das mit Drittstaaten auch heute noch. Die Wirtschaft wird auch künftig die ausländischen Arbeitskräfte erhalten, die sie wirklich braucht – die Schweizer Arbeitsbedingungen sind so attraktiv, dass Hochqualifizierte jederzeit gerne zu uns kommen. In der aktuellen Wirtschaftskrise müssen die Unternehmen allerdings in erster Linie arbeitslose Schweizer Arbeitnehmende

beschäftigen und nicht noch mehr EU-Ausländer ins Land holen.

Wird das Rekrutieren ausländischer Arbeitskräfte bei einem Ja zur Begrenzungs-Initiative nicht viel komplizierter und bürokratischer?

Das ist eine Ausrede der Manager, die aus 450 Millionen EU-Bürgern auswählen und die Löhne drücken wollen. Die Schweiz hat jahrzehntelange Erfahrung bei der unbürokratischen Steuerung der Zuwanderung über Höchstzahlen und Kontingente. Und: Diese Kosten sind gering im Verhältnis zu jenen, die die masslose Zuwanderung durch Staus, überlastete Infrastrukturen, steigende Mieten oder explodierende Sozialkosten verursacht.

Verlieren Schweizer Unternehmen den Zugang zum EU-Markt bei einem Ja zur Begrenzungs-Initiative?

Das ist eine viel gehörte, aber absurde Aussage. Das Freihandelsabkommen von 1972 garantiert den Schweizer Unternehmen den Zugang zum EU-Markt und auch die Welthandelsorganisation WTO schützt die Schweiz vor diskriminierenden Massnahmen der EU. Für den freien Zugang zu einem ausländischen Markt ist weder die Rechtsübernahme noch die Personenfreizügigkeit nötig, wie das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China zeigt.

«Wenn wir unsere Löhne und die Beschäftigung behalten wollen, müssen wir wieder selber bestimmen können, wer einreisen darf»

Für die international tätige Unternehmerin Magdalena Martullo ist klar, viele EU-Länder sind wirtschaftlich am Boden. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit kommen nun noch viel mehr Zuwanderer in die Schweiz. Durch die Personenfreizügigkeit ist dies möglich, obwohl auch die Menschen in der Schweiz unter der Wirtschaftskrise leiden. Deshalb sei es nun dringend nötig, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuere statt von billigen EU-Zuwanderern überrollt zu werden.



Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Unternehmerin, Lenzerheide (GR). Sie leitet das international tätige und stark exportorientierte Unternehmen EMS Chemie in Domat/Ems.

Frau Martullo, Sie führen ein international exportierendes Industrieunternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz. Die Corona-Pandemie hat eine weltweite Krise ausgelöst – wie schätzen Sie die Wirtschaftslage ein? Den wirtschaftlichen Schaden werden wir noch länger spüren. Die Wirtschaft wird sich nur langsam erholen.

Welche Auswirkungen hat dies auf die Schweizer Wirtschaft?

Sie büsste etwa 20% der normalen Wirtschaftsleistung ein. Einzelne Branchen wie das Gastgewerbe kamen über Wochen fast vollständig zum Erliegen. Insbesondere im Exportgeschäft wird die Wirtschaft nur langsam wieder in den Zustand von vor der Krise zurückkommen. Das betrifft viele Beschäftigte in der Schweiz: Rund ein Viertel sind noch in Kurzarbeit und

die Arbeitslosenquote ist so hoch wie schon lange nicht mehr. Bis Ende Jahr sollen in der Schweiz 100'000 Stellen verschwinden. Ältere und jüngere Menschen sind besonders stark betroffen.

Welche Massnahmen müssen nun in der Schweiz ergriffen werden?

Es ist wichtig, dass wir unsere eigenen Leute zuerst beschäftigen. Nur dort, wo diese fehlen, sollen Ausländer zuwandern können. Eine Studie zeigt, dass heute nur jeder 5. Zuwanderer in einem «Mangelberuf» arbeitet! 4 von 5 Ausländern kommen also nicht, weil wir sie im Arbeitsmarkt brauchen, sondern einfach weil sie frei zuwandern können. Sie verdrängen Schweizer oder andere Ausländer, welche bereits im Land sind und auch dort arbeiten können.

derer in einem «Mangelberuf» arbeitet! 4 von 5 Ausländern kommen also nicht, weil wir sie im Arbeitsmarkt brauchen, sondern einfach weil sie frei zuwandern können. Sie verdrängen Schweizer oder andere Ausländer, welche bereits im Land sind und auch dort arbeiten können.

ten. Die Löhne werden gedrückt. Im Tessin reduzierte die Zuwanderung die Löhne bereits um 20%. Wenn wir unsere Löhne und die Beschäftigung behalten wollen, müssen wir wieder selber bestimmen können, wer zuwandern darf. Das machen alle Länder so, auch die EU gegen aussen!

Wird die Krise zu mehr Zuwanderung in die Schweiz führen?

Natürlich! Die Arbeitslosenzahlen sind in allen EU-Ländern massiv gestiegen. Die Unterstützungsprogramme wirken dort zu langsam oder versanden. Deshalb suchen viele EU-Bürger das Glück im Ausland. Die Schweiz ist attraktiv. Mit der Personenfreizügigkeit haben alle EU-Ausländer das Recht, jederzeit in die Schweiz einzuwandern.

Als international tätige Unternehmerin kennen Sie die Herausforderungen der Schweizer Exportwirtschaft bestens. Am 27. September stimmen wir über die Begrenzungs-Initiative ab. Diese sieht vor, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuert. Wo sehen Sie hier die Vorteile aus wirtschaftlicher Sicht?

Jene Personen, die die Wirtschaft braucht und die in der Schweiz nicht vorhanden sind, sollen einfach und unbürokratisch einwandern können. Aber Personen aus dem Ausland einstellen, nur weil sie billiger sind, das geht nicht. Ein EU-Bürger hat vom 1. Tag an Anspruch auf Schweizer Arbeitslosengeld, wenn er vorher in der EU gearbeitet hat! Wir zahlen auch Arbeitslosengelder ins Ausland, diesen Arbeitslosen begegnen wir gar nie – aber wir bezahlen sie mit unseren steigenden Lohnabzügen! Unsere Sozialversicherungen sind jetzt schon finanziell völlig aus dem Lot geraten. Indem wir Mass halten bei der Zuwanderung verbessern wir hier die Situation.

Die Gegner der Begrenzungs-Initiative behaupten, die Schweizer Wirtschaft könne bei einem Ja zur Begrenzungs-Initiative keine Arbeitskräfte aus der EU rekrutieren.



Entscheidend für den internationalen Handel ist nicht die EU, sondern die Welthandelsorganisation WTO mit Sitz in Genf. Hier einigen sich alle Länder auf die Spielregeln für einen fairen und freien Handel!

Wieso nicht? Wir steuern einfach selber, statt uns von einem Schwall von EU-Bürgern überrollen zu lassen. Inländer müssen aber Vorrang haben. Das ist auf der ganzen Welt so! Wenn wir in den USA, in China, in Mexiko oder Japan jemanden aus dem Ausland einstellen wollen, bekommen wir dafür nur eine Einwanderungsbewilligung, wenn vor Ort keine Arbeitskräfte verfügbar sind!

«Ein EU-Bürger hat vom 1. Tag an Anspruch auf Schweizer Arbeitslosengeld, wenn er vorher in der EU gearbeitet hat!»

Zudem wird behauptet, die Schweizer Wirtschaft verliere den Zugang zum EU-Binnenmarkt.

Natürlich nicht. Nur der Zugang für Personen wird wieder geregelt. Wir bestimmen wieder selber, wann jemand zuwandern darf. Der Marktzugang für Exporte ist nicht im Personenfreizügigkeitsabkommen geregelt, sondern hauptsächlich im Freihandelsabkommen von 1972.

Zudem gilt hier der freie Handel nach WTO-Regeln. Das Personenfreizügigkeitsabkommen ist Teil der Bilateralen I, die 7 kleinere Verträge umfassen. Die Begrenzungs-Initiative verlangt, dass der Bundesrat in 12 Monaten mit der EU eine neue Regelung zur Personenfreizügigkeit verhandeln muss. Sonst muss er das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen. So weit wird es die EU aber kaum kommen lassen,

weil sie mit den Bilateralen I viele Vorteile hat. Falls doch, dann verhandeln wir halt neue, bessere Bilaterale-I-Verträge!

Die Briten haben die EU vor allem wegen der Personenfreizügigkeit verlassen, in Frankreich diskutiert man über einen Inländervorrang und auch in Deutschland fordert die CDU eine Beschränkung der Zuwanderung.

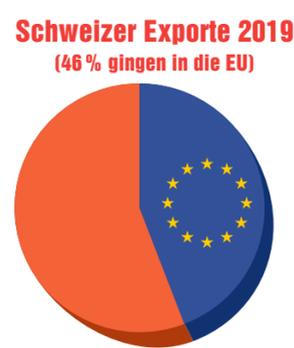
Gerade bei der hohen Arbeitslosigkeit in den meisten EU-Ländern kommen die Regierungen unter Druck, die eigenen Leute zu beschäftigen. Das geht mit der Personenfreizügigkeit der EU nicht, wo laufend billigere Ausländer zuwandern. Es ist bezeichnend, dass nicht nur die Schweiz, sondern auch Grossbritannien und Frankreich gemerkt haben, dass die Personenfreizügigkeit grosse Nachteile für die eigenen Bürger bringt. Grossbritannien hat nun mit der Schweiz bereits einen neuen Vertrag abgeschlossen. Wenn man frei verhandeln kann, findet man

«Es ist wichtig, dass wir unsere eigenen Leute zuerst beschäftigen.»

bessere Lösungen. Unsere Regierung hat, trotz der vom Volk angenommenen Massen-

einwanderungsinitiative, gar nie mit der EU über die Zuwanderung verhandelt! Mit der Begrenzungs-Initiative bekommt der Bundesrat einen klaren Auftrag, dass es mit der grenzenlosen Zuwanderung nicht mehr weitergehen kann und dass er mit der EU bessere Lösungen verhandeln muss!

Die EU wird für die Schweizer Wirtschaft immer unwichtiger Handelsbilanz Schweiz – EU



■ Nicht-EU-Länder
■ EU

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von EZV, SwissImpex.

Die EU verliert für Schweizer Exporte immer mehr an Bedeutung. Mittlerweile exportieren wir mehr Güter in den Rest der Welt als in die EU – das ist Weltoffenheit!



Alfred Heer, Nationalrat, Kleinunternehmer, Zürich (ZH)

«Corona hat gezeigt, dass die viel gelobte Solidarität innerhalb der EU rasch an ein Ende kommt. Wer glaubt, die Krise sei ausgestanden, der täuscht sich. Es kommt eine gigantische Wirtschaftskrise auf Europa zu. Unser grösstes Problem wird die steigende Arbeitslosigkeit in der EU sein. Wir sind dort auf

Fachkräfte angewiesen, wo ein tatsächlicher Mangel herrscht. Es geht aber nicht an, dass die EU ihre Arbeitslosigkeit in die Schweiz exportiert, deshalb JA zur BGI.»



Machen Sie beim Wettbewerb online mit: www.begrenzungsinitiative.ch

Welche Auswirkungen hat die unkontrollierte Zuwanderung?

Grosser Wettbewerb

1 Wie viele Zuwanderer haben sich in den letzten 13 Jahren zusätzlich in die Schweiz gedrängt?



- 100'000 Zuwanderer = A
 1'000'000 Zuwanderer = B
 10'000'000 Zuwanderer = C

2 Bei der Abstimmung über die Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2000 hat der Bundesrat erklärt, es würden nur so viele Zuwanderer pro Jahr zusätzlich in die Schweiz kommen.



- 80 Zuwanderer pro Jahr = E
 800 Zuwanderer pro Jahr = F
 8'000 Zuwanderer pro Jahr = G
 80'000 Zuwanderer pro Jahr = H

3 Wie viele Zuwanderer sind seit der Einführung der Personenfreizügigkeit tatsächlich allein aus der EU im Durchschnitt pro Jahr in die Schweiz eingewandert?

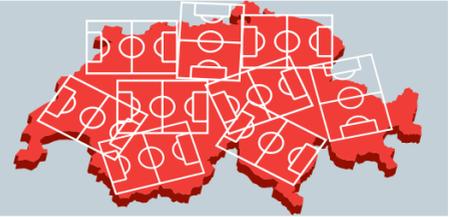


- 5'000 Zuwanderer pro Jahr = H
 50'000 Zuwanderer pro Jahr = I

Zu viel ist zu viel!



4 Grünflächen in der Grösse von wie vielen Fussballfeldern werden in der Schweiz aufgrund der Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit jährlich zubetoniert?



- 2'941 Fussballfelder pro Jahr = J
 294 Fussballfelder pro Jahr = K
 94 Fussballfelder pro Jahr = L

5 Um viele Stunden ist die Anzahl der Stautunden auf Schweizer Strassen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit gestiegen?



- 0 Stunden = M
 1'505 Stunden = N
 15'050 Stunden = A

Die richtige Lösung lautet: _____

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, reihen Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen aneinander und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 27. September 2020

1. Preis: Führung durch das Bundeshaus inkl. Mittagessen für 4 Personen mit einem SVP-Parlamentsmitglied nach freier Wahl.

2. / 3. Preis: Essen für je 4 Personen im Haus der Freiheit von alt Nationalrat Toni Brunner und Nationalrätin Esther Friedli, Wintersberg, Ebnet-Kappel

4. / 5. Preis: 2 Tageskarten des Ski- und Wanderparadieses Hoch-Ybrig

Die Gewinner werden Ende Oktober 2020 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk/Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Bitte schicken Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **Begrenzungs-Initiative** zur Verfügung zu stellen.
- Bitte schicken Sie mir:
- ___ F4-Papier-Plakate (Weltformat = 89,5 cm × 128 cm)
- ___ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm × 59,4 cm)
- Ich schreibe gerne einen Leserbrief und brauche dazu Unterstützung. Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- Ich unterstütze die **Begrenzungs-Initiative** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf das **PC 31-572732-0** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
 SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
 E-Mail: info@svp.ch

«Wir werden zum Hochhaus Europas»

Er beobachte den Verlust der Biodiversität mit grosser Sorge, sagt Ständerat Thomas Minder. Die Natur könne eine Zuwanderung dieser Grössenordnung nicht verkraften.



Thomas Minder, parteiloser Ständerat, Unternehmer und Geschäftsleiter der Trybol AG, Neuhausen am Rheinfall (SH)

Herr Minder, was hat die Personenfreizügigkeit mit Umweltschutz zu tun? Seit Einführung der Personenfreizügigkeit hat die Schweiz eine Million mehr Einwohner. Das heisst Hunderttausende von neuen Wohnungen und Autos. Dafür braucht es mehr staatliche Infrastrukturen und mehr Staatspersonal. In Neuhausen (SH), meiner Wohngemeinde, hat man gleich einen Doppel- und in Feuerthalen (ZH) sogar einen 3er-Kinderergarten gebaut. Diese Infrastruktur zersiedelt nicht nur das Land, sie zerstört auch Kulturland und Lebensraum von Flora und Fauna.

Sie führen im Abstimmungskampf für die Begrenzungs-Initiative ein Umweltkomitee an – was versprechen Sie sich von einem Ja am 27. September?

Die Biodiversität in der Schweiz ist eine Katastrophe. Als Ornithologe beobachte ich den Verlust von Tierarten mit grosser Besorgnis. Als Kind konnte ich im Kanton Schaffhausen noch Feldhasen und Rebhühner beobachten. Heute sind sie auf der roten Liste. Die Schweiz ist viel zu klein, um alle 13 Jahre eine Million zusätz-

liche Bewohner aufzunehmen. Der Platz ist ohnehin eingeschränkt, weil für das Wohnen nur das Mittelland geeignet ist. Weil es bereits total zersiedelt ist, wird nun, wie in den 70er-Jahren, in die Höhe gebaut. Die Schweiz wird zum Hochhaus von Europa.

Eigentlich sollten vor allem die Grünen das Anliegen unterstützen. Warum unterstützen die Grünen die Begrenzungs-Initiative nicht offiziell? Weil die Grünen auf dem rechten Auge blind sind. Für sie endet der Umweltschutz dort, wo er nicht mehr zu ihrer linken Ideologie passt.

« Die Schweiz ist viel zu klein, um alle 13 Jahre eine Million zusätzliche Bewohner aufzunehmen. »

Seit eh und je braucht die Schweizer Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte – warum ist die Zuwanderung immer noch ein Problem?

Die Masseneinwanderungsinitiative hätte das Thema entschärft. Deren Nichtumsetzung ist der Tiefpunkt in meiner politischen Tätigkeit. Ich hätte nie gedacht, dass die Bundesverfassung derart zum Wunschzettel verkommt. Diese Volksinitiative war goldrichtig, denn sie hätte die Unternehmen gezwungen, zuerst Schweizerinnen und Schweizer einzustellen. Viele Firmen schauen

So zerstört die masslose Zuwanderung unsere Natur

2007



2018



Gemeinde Rümlang (ZH)

Quelle: Bundesamt für Landestopografie

Jedes Jahr wird wertvolle Grünfläche in der Grössenordnung von 2'941 Fussballfeldern aufgrund der Masseneinwanderung zubetoniert! Wollen wir das weiter zulassen?

nur für sich. Ihnen sind die negativen Auswirkungen der Zuwanderung schlicht egal.

Woher sollen die Unternehmen benötigte Arbeitskräfte nehmen, wenn die Begrenzungs-Initiative angenommen wird?

Wir haben 222'000 Erwerbslose, davon 101'000 Ausländerinnen und Ausländer (45%). Wegen der Corona-Pandemie wird sich diese Anzahl wohl bald verdoppeln. Der grösste Teil der Zuwanderer kommt nicht zum Arbeiten, sondern über den Familiennachzug. Das Märchen,

die Zuwanderung würde unsere AHV sanieren und die Wirtschaft würde ohne die Personenfreizügigkeit mit der EU stillstehen, wird nicht wahr, wenn es Economicuisse und Arbeitgeberverband im Dauerchor wiederholen.

Die Begrenzungs-Initiative fordert das Ende der Personenfreizügigkeit und riskiert damit auch das Ende weiterer bilateraler Verträge –

ist das für die Schweiz nicht gefährlich?

Die Schweiz ist ein sehr guter Kunde der EU. Einen guten Kunden stellt man nicht vor die Türe. Die Schweiz war vor der Corona-Krise wirtschaftlich top aufgestellt und wird es auch danach wieder sein. Wir dürfen gegenüber der EU auch einmal eine breite Brust und Selbstvertrauen zeigen. und sollten uns nicht dauernd kleiner machen als wir sind.

« Wir dürfen gegenüber der EU auch einmal eine breite Brust und Selbstvertrauen zeigen. »



Monika Rüegger, Nationalrätin, eidg. dipl. Metallbauplanerin, Engelberg (OW)

« Ein so kleines Land wie die Schweiz erträgt keine weitere Million an Zuwanderern. Der dafür notwendige Ausbau von Infrastruktur wie Wohnhäusern, Strassen, ÖV, Schulen, Spitälern geht auf Kosten unserer Natur. Deshalb brauchen wir eine vernünftige Zuwanderung. Schützen wir unsere Alpenregion und bewahren wir unsere wunderschöne Landschaft, unsere Wiesen und Wälder. Das sind wir uns, unseren Kindern und künftigen Generationen schuldig. »

Weniger Zuwanderung hilft der Umwelt



Andreas Thommen, Dipl. Ing.-Arg. ETH, Geschäftsführer Ecopop

vieler Migranten, regelmässig nach Hause zu Freunden und Verwandten zu fliegen, was die Umwelt leider noch zusätzlich belastet.

Der ökologische Fussabdruck der Schweiz ist heute schon rund 4-mal zu gross. Gemäss Artikel 73 der Bundesverfassung muss die Schweiz aber nachhaltig sein.

Art. 73 Nachhaltigkeit
Bund und Kantone streben ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits an.

Schon jetzt erreichen wir das nicht, und mit starker Zuwanderung überlasten wir unsere Umwelt noch mehr. Unserer Natur und Umwelt zuliebe stimmen wir JA zur Begrenzungs-Initiative.

www.ecopop.ch

Schweiz zubetonieren oder Natur erhalten?



Begrenzungs-Initiative JA

Masslose Zuwanderung führt zum Verkehrskollaps

Durch die Personenfreizügigkeit strömen immer noch mehr EU-Ausländer in die Schweiz. Diese wollen mobil sein. Dafür zahlen wir bereits jetzt einen hohen Preis. Wenn wir die Zuwanderung nicht endlich bremsen, explodieren die Kosten und unsere Lebensqualität geht bachab.



Benjamin Giezendanner, Nationalrat, Transportunternehmer, Rothrist (AG)

Wegen der ungebremsten Zuwanderung wächst die Bevölkerung der Schweiz im Durchschnitt jedes Jahr um 75'000 Personen. Diese stetige Zunahme ist mit hohen Kosten in den Bereichen Verkehr und Infrastruktur verbunden. Allein diese 75'000 Zuwanderer fahren zusätzlich zum bisherigen Verkehrsaufkommen jährlich 590 Millionen Kilometer auf den Schweizer Strassen. Die damit verbundenen Kosten und der Aufwand, um die Mobilität der Bürger sicherzustellen, sind enorm – das

Verkehrsnetz muss mit Milliardeninvestitionen stetig ausgebaut werden. Während des Lockdowns in der Corona-Krise, als die Bevölkerung aufgerufen war, zu Hause zu bleiben, hat sich die Lage zwar entspannt. Das täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass wir schon jetzt auf Strasse und Schiene an die Grenzen der Leistungsfähigkeit stossen: Lange Staus und Wartezeiten sowie verspätete Züge sind an der Tagesordnung – nur während des Corona-bedingten Lockdowns hat sich die Lage entspannt. 2018 standen wir 25'366 Stunden auf unseren Autobahnen im Stau – mehr als doppelt so viele Stunden wie 2007

vor Einführung der Personenfreizügigkeit!

Umwelt retten, ohne Zuwanderung zu stoppen?

Wenn wir die Zuwanderung nicht endlich bremsen, dann steigt der Druck, kurz- statt mittelfristig massive Investitionen zu tätigen, um dem Kollaps des Verkehrsnetzes vorzubeugen. Was ausserdem gern vergessen wird: Die zusätzlichen Belastungen im Verkehr haben starke CO₂-Emissionen zur Folge. Und da widersprechen sich die Gegner der Begrenzungs-Initiative: Die Zuwanderung wollen sie nicht stoppen, die Umwelt möchten sie aber retten.

« Lange Staus und Wartezeiten sowie verspätete Züge sind an der Tagesordnung – nur während des Corona-bedingten Lockdowns hat sich die Lage entspannt. »

Verkehrschao wie in den Banlieues

In den Grenzregionen sowie in grösseren Städten der Schweiz ist aufgrund der massiven Zuwanderung eine regelrechte Gettoisierung zu beobachten. Wegen der durch die masslose Zuwanderung mittlerweile horrenden Wohnungspreise bilden sich in den Vororten der Städte Banlieue-ähnliche Zustände. Durch das tägliche Pendeln in die Zentren verschärft sich das Verkehrschao weiter.

Die Schweiz kann sich allein schon wegen der infrastrukturellen Problemstellungen keinen massiven und schnellen Bevölkerungszuwachs mehr leisten. Deshalb müssen wir Schweizerinnen und Schweizer selber bestimmen können, wann Schluss ist – oder wir werden uns anpassen müssen. Dies bedeutet eine Anpassung nach unten und damit einen erheblichen Verlust an Lebensqualität.



Franz Ruppen, Nationalrat, Advokat und Notar, Naters (VS)

« Die unkontrollierte Massenzuwanderung belastet auch unsere Bergregionen – sie ist eine Belastung für unsere kulturellen Errungenschaften, gefährdet die Energiesicherheit und führt zu einer Überlastung der Verkehrsinfrastruktur. »

Schon wieder im Stau!



Zu viel ist zu viel!

JA+
zur Begrenzungs-Initiative



www.begrenzungsinitiative.ch



Stefanie Heimgartner, Nationalrätin, Transportunternehmerin, Baden (AG)

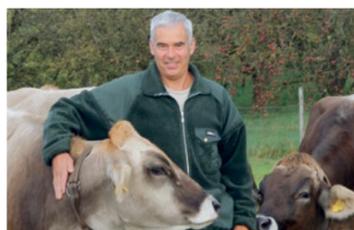
« Mit der masslosen Zuwanderung sind der Verkehr und damit die Stautunden explodiert. Wir Transportunternehmer leiden nicht nur unter diesen Staukosten, sondern auch unter der Zuwanderung schlecht qualifizierter Arbeitnehmender, die unsere eigenen Arbeitskräfte verdrängen und unsere Sozialwerke plündern. »



Christian Imark, Nationalrat, Selbständiger Unternehmer, Fehren (SO)

« Die masslose Zuwanderung schlägt sich auch im Energieverbrauch nieder: Ohne die Massenzuwanderung könnte die Schweiz die vorgegebenen CO₂-Ziele bis 2030 locker erreichen. Dazu braucht es weder Verbote noch mehr Umverteilung. Freie Bürger und die freie Wirtschaft haben die Kraft und den Willen, selbstständig in neue Technologien zu investieren. »

Wir müssen unseren natürlichen Lebensgrundlagen Sorge tragen



Hans Frei, Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Präsident Zürcher Bauernverband, Watt (ZH)

Als Bauer liegt mir die Produktion von gesunden, saisonalen Lebensmitteln und die Pflege der Tiere am Herzen. Doch damit wir Bauern Lebensmittel produzieren können, brauchen wir unsere Böden. Durch das grosse Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren geht immer mehr Acker- und Weideland verloren, es wird überbaut und zubetoniert. Denn das Bevölkerungswachstum und die Siedlungs-

entwicklung haben einen kausalen Zusammenhang. Sie beanspruchen unersetzbare Ressourcen und schmälern unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität. Mit jedem Verlust von Kulturland geht auch Erholungsraum und Biodiversität verloren. Mit immer mehr Menschen in diesem Land setzen wir die Qualität des eigenen Lebensraumes aufs Spiel.

Wir Bäuerinnen und Bauern erleben die intensiven Diskussionen um die Begrenzung des Siedlungsraumes und die daraus resultierenden Ansprüche an Landschaft und Erholung. Wir wollen auch in Zukunft einen verlässlichen Beitrag zur Ernährung und Lebensqualität unserer Bevölkerung leisten. Dies gelingt uns nur, wenn unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht weiter geschmälert werden.

« Mit immer mehr Menschen in diesem Land setzen wir die Qualität des eigenen Lebensraumes aufs Spiel. »

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU wird die Schweiz mehr und mehr zubetoniert. Wertvolles Kulturland und Erholungsgebiete gehen unwiederbringlich verloren!

Teurer Irrweg in der Sozialpolitik

Weil ältere Arbeitnehmer immer mehr aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, haben Bundesrat und Parlament im Schnellzug ein neues Sozialwerk erschaffen. Die sogenannte Entlassungsrente ist eine Einladung, ältere Arbeitnehmende auf Kosten des Staates zu entlassen. Es kann nicht sein, dass einzig als staatliches Kampfvehikel gegen die Begrenzungs-Initiative die Steuerzahler künftig mehrere Hundert Millionen Franken pro Jahr dafür ausgeben müssen.



Alex Kuprecht, Ständerat, 1. Vizepräsident des Ständerates, Relation Manager, Pfäffikon (SZ)

Wäre die Unterstützung seitens der FDP und der CVP auch erfolgt, wenn es sich um eine aussichtslose Initiative gehandelt hätte? Wohl kaum. Die Angst muss den Mitgliedern der Bundesversammlung dieser beiden Parteien wohl sehr tief in den Knochen stecken. Ein bürgerliches Projekt ist es jedenfalls nicht und schon gar keines des freiheitlich-freisinnigen Gedankengutes.

Masslos überzogenes neues Sozialwerk

Zu Beginn der parlamentarischen Beratung rechnete der Bundesrat mit neuen gebundenen Kosten zu Lasten des Bundeshaushalts mit rund 230 Millionen Franken pro Jahr. Es war von Anfang an klar, dass diese Summe und die er-

wartende Anzahl Bezüger von 4'400 viel zu tief budgetiert waren. Schon eine ähnliche Rente im Kanton Waadt liess die Anzahl Bezüger/innen explodieren und die entrichtete Summe verzehnfachte sich innerhalb von sechs Jahren. Und die vorgesehenen Anspruchsvoraussetzungen wurden grosszügig angesetzt: Das Vermögen musste unter Fr. 100'000.- für alleinstehende Personen und unter Fr. 200'000.- für Ehepaare sein; es war eine Mindestversicherungsdauer in der AHV von 20 Jahren vorgesehen und zusätzlich gab es noch komplizierte Maximalanforderungen in Bezug auf die AHV-Höhe. Der Vorlage wurden im Rahmen der parlamentarischen Beratung zwar noch mehrere Zähne gezogen. Trotzdem ist sie nach wie vor masslos überzogen.

Ein Eingriff in die Hoheit der Kantone

Die soziale Sicherheit unseres Landes basiert auf verschiedenen Säulen und

hat in der Vergangenheit sehr gut funktioniert. Als letztes Auffangnetz haben sich auch die bedarfsorientierten Fürsorgeleistungen in den Gemeinden bewährt. Allen Menschen wird in den Ausnahmesituationen geholfen und verhungern musste – zum Glück – in unserem Land noch niemand. Es versteht sich von selbst, dass bei Bezug von staatlichen Fürsorgeleistungen zuerst ein Verzehr von eigenem Vermögen stattfinden muss.

« Es ist klar, dass diese Überbrückungsleistung eine Einladung ist, sich von Mitarbeitenden ab dem Alter 58 zu verabschieden. »

Das wird auch bei der neuen Bundesfürsorgeleistung nicht anders sein. Die Vermögen müssen offengelegt werden, egal ob bei der Überbrückungs- oder der Fürsorgeleistung. Nur die Zahlstelle verlagert sich hinauf zum Bund. Damit wird das Prinzip der Subsidiarität und die verfassungsmässige Verantwortlichkeit missachtet. Aber das spielt ja in der heutigen Politgeneration keine Rolle mehr. Wer direkt nach dem Studium in den Nationalrat kommt, kennt diese bewährten ordnungspolitischen Kriterien des Föderalismus ja sowieso nicht. Leider sind unter diesen Opportunisten auch immer mehr ältere Volksvertreter. Das Abbild der Bezüger- und Profitiergesellschaft widerspiegelt sich auch im Parlament. Dass keines unserer wichtigsten Sozialwerke für die Zukunft solide finanziert ist, sei nur am Rande vermerkt! Reicht das Geld nicht, dann werden neue «Quellen erschlossen», um es dort zu holen, wo es sich befindet.

Verherrendes Signal an die Wirtschaft

Es ist klar, dass diese Überbrückungsleistung eine Einladung ist, sich von Mitarbeitenden ab dem Alter 58 zu verabschieden. Sie werden sicher in der Arbeitslosenversicherung und ab dem Alter 60 in dieser neuen Fürsorgeleistung aufgehoben sein. Der Weg ist somit frei, durch Jüngere die Kosten zu senken und das digitale Wissen für die Zukunft zu erhöhen. Ich bin überzeugt, dass Unternehmen dies zu nutzen wissen. Leidtragende wird die ältere

Generation sein. Das Kampfmittel gegen die Begrenzungs-Initiative steht und die Zuwanderung kann weitergehen ohne dass man ein schlechtes Gewissen haben muss. Man hat vorgesorgt zu Lasten des Staates.



Entlassungsrente

Jetzt Referendum unterschreiben: [entlassungsrente-nein.ch](https://www.entlassungsrente-nein.ch)

Ein gut ausgebauter Sozialstaat und freie Zuwanderung sind unvereinbar



Andreas Glarner, Nationalrat, Unternehmer, Oberwil-Lieli (AG)

Die Personenfreizügigkeit gefährdet unsere Sozialwerke. Vor allem Zuwanderer aus östlicheren Staaten wie Rumänien, Bulgarien oder Polen beziehen überdurchschnittlich häufig Arbeitslosengelder. Die Corona-Krise wird die Lage verschärfen. Zum Schutz unserer Sozialwerke müssen wir deshalb dringend die Zuwanderung begrenzen.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, wie immens wichtig und dringend die Annahme der Begrenzungs-Initiative am 27. September 2020 ist, dann liegt er im Bezug von Arbeitslosentageldern durch Bürger gewisser Staaten. Was sich in diesem Bereich abspielt, ist geradezu der Klassiker eines gigantischen Missbrauchs. Und wenn es nicht schwarz auf weiss nachweisbar wäre, würden unsere Gegner wohl behaupten, die Zahlen seien erfunden. Aber

seit Ende Mai 2019 die Ventilklauel – also die letzte Schranke vor der ungehinderten Zuwanderung von Rumänen und Bulgaren – gefallen ist, sind sämtliche Schleusen offen.

Dies schlägt sich in der Statistik nieder: Zwischen Anfang Mai 2019 und Ende Juni 2020 stieg die Anzahl der arbeitslosen Bulgaren um 72% und diejenige der Rumänen um 61%. Die Arbeitslosenquoten der Bulgaren hat sich im Juni 2020 auf exorbitante 11,5% und diejenige der Rumänen auf 9,2% erhöht. Kaum ist das Ventil geöffnet, führen die Bürger dieser beiden Staaten die Negativrekordliste in Sachen Arbeitslosigkeit in der Schweiz an – noch Fragen?

Natürlich wird man nun sagen, die SVP habe die extremsten Einzelbeispiele herausgepickt – doch weit gefehlt: Der überdurchschnittliche Bezug (oder wohl eher das Abkassieren) von Arbeitslosengeldern scheint geradezu ein Phänomen von Zuzüglern aus den östlicheren Staaten zu sein. Denn Zuwanderer aus Ungarn wiesen im Juni 2020 eine sehr hohe Arbeitslosenquote von 7,5% aus, Zuwanderer aus der Slowakei gar von 8,2% und Polen von 7,6%.

Viele Zuwanderer werden schnell arbeitslos

Es ist völlig unvernünftig, eine ungehinderte Zuwanderung für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger zuzulassen, zumal nur rund die Hälfte aller Zuwanderer zwecks Erwerbsaufnahme zu uns kommen. Und auch wer offiziell zum Arbeiten kommt, ist offensichtlich relativ schnell wieder arbeitslos. Das dicke Ende kommt dann nach zwei Jahren,

Anzahl Sozialhilfebezüger nach Herkunftsland

Herkunft	2007	2018	Veränderung
Bulgarien	116	406	250%
Deutschland	2'405	5'218	117%
Rumänien	282	619	120%
Frankreich	2'540	3'648	44%
Spanien	2'678	3'927	43%
Alle EU-Ausländer	29'137	39'978	37%
Portugal	7'321	9'602	31%
Italien	9'237	10'760	16%
Schweiz	131'811	143'054	9%

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BFS, Sozialhilfestatistik (SHS).

also nach dem Auslaufen der Arbeitslosentageldern. Denn dann liegen diese Zuwanderer den Gemeinden als Sozialfälle auf der Tasche – ohne je ernsthaft Steuern bezahlt zu haben.

Da kann – ja muss – von einer Plünderung unserer Sozialwerke gesprochen werden. Die Gegenseite wird uns weismachen wollen, dies sei nur vorübergehend. Dazu ist zu sagen: Diese Plünderung fand bereits während der Hochkonjunktur statt. Nach der Corona-Krise werden die Arbeitslosen- und Sozialhilfezahlen dieser Zuzüglern explodieren! «Wirtschaftsverbände» wie Economiesuisse beteuern, wie wichtig eine ungehinderte Zuwanderung für das Wohlergehen unserer Wirtschaft, ja unseres Landes sei. Es scheint diesen – meist ausländischen – Managern völlig egal zu sein, dass unsere Sozialwerke vor die Hunde gehen – Hauptsache, ihre Boni fließen.

Ein gut ausgebauter Sozialstaat und eine freie Zuwanderung sind unvereinbar! Wir müssen die Notbremse ziehen und die Zuwanderung beschränken, um die Plünderung unserer Sozialwerke zu stoppen – bevor es endgültig zu spät ist!

Büezer über 55 Jahren werden durch billige Zuwanderer ersetzt



Mike Egger, Nationalrat, Projektleiter, Dipl. Betriebswirtschafter NDS HF, Berneck (SG)

Land auf, Land ab predigen Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften das Märchen der angeblich notwendigen Fachkräfte aus dem EU-Raum. Dabei ist Fakt: Nur knapp 20 Prozent der Zugewanderten arbeiten in einem Beruf mit Fachkräftemangel. Die Restlichen sind vielmehr günstige Arbeitskräfte, welche die heimischen «Büezer» konkurrenzieren und aus dem Arbeitsmarkt drängen. Besonders betroffen sind dabei die älteren Arbeitnehmenden über 55 Jahren.

Dies zeigen die folgenden Zahlenbeispiele. **Beispiel 1:** Machten die über 50-jährigen 2012 noch gut 23% aller Arbeitslosen aus, erhöhte sich dieser Anteil bis 2018 auf knapp 28%. **Beispiel 2:** Dies schlägt sich in der Sozialhil-

fequote nieder, die seit der Einführung der Personenfreizügigkeit (2007–2017) bei den 46- bis 55-Jährigen um rund 20% und bei den 56- bis 64-Jährigen sogar um 40% angestiegen ist. Und auch noch ein (aktuelles Corona-) **Beispiel 3:** Vom April bis Mai 2020 nahm die Anzahl der arbeitslosen 55- bis 64-Jährigen im Maschinenbau um 48 Prozent zu!

Der Bundesrat gibt in seiner Botschaft zur neuen sogenannten Überbrückungsrente erstmals überhaupt zu: «Die Zuwanderung ist [...] mit Herausforderungen verbunden. Sie führt [...] zu kompetitiveren Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt.» Das Schönwetterwort «kompetitiv» heisst nichts anderes, als dass durch eine unbegrenzte Zuwanderung so viele Personen in unser kleines Land strömen, dass aus dem Arbeitsmarkt ein regelrechtes Haifischbecken wird.

Die Folge: Junge Zuwanderer oder auch Grenzgänger verdrängen die inländischen Büezer. Davon besonders betrof-

fen sind die über 55-jährigen Arbeitnehmenden. Für Unternehmen ist es viel attraktiver, einem Zuwanderer einen Dumpinglohn zu bezahlen, als einem langjährigen älteren Arbeitnehmer einen seiner Ausbildung und Erfahrung würdigen Lohn.

Der Bundesrat hat diese Verdrängung von Arbeitnehmenden über 55 erkannt. Doch statt sich dem eigentlichen Problem – der unbegrenzten Zuwanderung – zu stellen, wird Pflasterlipolitik betrieben. Der Bundesrat erschafft mit Hunderten Millionen Franken Steuergeld ein neues Sozialwerk: die sogenannte Überbrückungsrente. Kurz: Wer über 58 Jahre alt ist, und den Job verliert, soll nach der Aussteuerung (ALV) bis zur Pensionierung eine Überbrückungsrente erhalten, um so den demütigenden Gang zum Sozialamt verhindern zu können.

Die Personenfreizügigkeit führt also dazu, dass Arbeitnehmende über 55 durch junge Zuwanderer und Grenzgänger ersetzt werden. Und die Unternehmen können ab sofort mit «gutem Gewissen» entlassen, denn der Staat öffnet sein Kässeli. Ein skrupelloser Tabubruch. Darum ist die Überbrückungsrente eine «Entlassungsrente». Packen wir das Problem an der Wurzel an: Die beste Job-Garantie für Personen über 55 ist eine massvolle Zuwanderung!

« Packen wir das Problem an der Wurzel an: Die beste Job-Garantie für Personen über 55 ist eine massvolle Zuwanderung! »



Wir setzen uns national und kantonal für eine massvolle Zuwanderung ein ... im Bundeshaus

53 Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP

Kanton Aargau Martina Bircher 13.04.1964, Betriebsökonomin FH, Aarburg Thomas Burgherr 01.08.1962, eidg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, Wilberg Benjamin Giezendanner 22.04.1962, Unternehmer, Rothrist Andreas Garner 03.10.1962, Unternehmer, Oberwil-Lieli Stefanie Heimgartner 25.04.1967, eidg. dipl. Betriebsleiterin Strassentransport, Baden Alois Huber 21.11.1962, Meisterlandwirt, Mörken-Wildegg	Kanton Appenzell Ausserrhoden David Zuberbühler 20.02.1979, Unternehmer, Herisau
Kanton Basel-Landschaft Thomas de Courten 29.07.1964, Unternehmer, Rünenberg Sandra Solberger 27.10.1973, eidg. dipl. Malermeisterin / Unternehmerin, Bubendorf	Kanton Bern Andreas Aebi 26.11.1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, Alchenstorf Andrea Martina Gelsbühler 03.08.1976, Polizistin, Reispädagogin, dipl. Kindergärtnerin, Bäriswil Lars Guggliberg 19.07.1977, Geschäftsführer, Rechtsanwalt, Kirchindach Erich Hess 25.03.1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern Albert Rösli 07.08.1967, Dr.-Ing. agr. ETH, Unternehmer, Utendorf
Kanton Bern Nadja Umbricht Pieren 14.02.1980, Führungskraft eidg. FA, dipl. Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Burgdorf Erich von Siebenthal 30.12.1956, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn, Gstaad	Kanton Freiburg Pierre-André Pape 19.04.1960, Meisterlandwirt, Châtigny
Kanton Genéve Céline Amaudruz 15.03.1979, lic. jur., Vermögensverwalterin, Genéve Yves Hildegger 17.05.1957, Anwalt, Genéve	Kanton Luzern Yvette Estermann 26.02.1967, Ärztin, Beraterin, Kriens Franz Gräter 29.07.1965, Unternehmer, Eich

2 Bundesräte der SVP

 Heli Maurer 01.12.1950, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), Wernetshausen (ZH)	 Guy Parmelin 09.11.1959, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), Bursins (VD)
--	---

Kanton Zürich Therese Schläpfer 14.04.1959, Gemeindepräsidentin, Hagenbuch Barbara Steinmann 18.06.1976, lic. jur., Juristin, Watt-Regensdorf Mauro Tuena 25.01.1972, Computertechniker, Zürich Hans-Ueli Vogt 05.12.1969, Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht, Zürich Bruno Walliser 11.04.1966, eidg. dipl. Kaminfermeister, Volketswil
--

6 Ständeräte der SVP

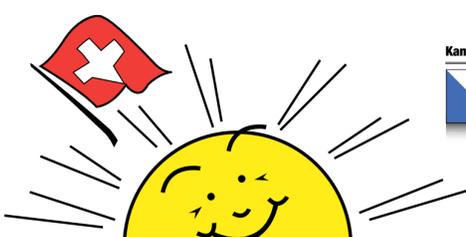
Kanton Schaffhausen Hannes Germann 01.07.1956, Lehrer, Verwaltungsrat, Verbandspräsident, Optikerhofen	Kanton Schwyz Alex Kuprecht 22.12.1957, eidg. dipl. Versicherungsachtmann, Relation Manager, Pfäfers	Kanton Tessin Marco Chiesa 10.10.1974, Betriebsökonom, Ruvigliana	Kanton Thurgau Jakob Stark 08.09.1958, Dr. phil. I, alt Regierungsrat, Buhwil	Kanton Aargau Hansjörg Knecht 24.03.1960, Unternehmer, Lobsenz	Kanton Bern Werner Salzmann 05.11.1962, Dipl.-Ing. agr. FH, Chefregierte Landwirtschaft, Mülchi
--	--	---	---	--	---

... in den Kantonsregierungen

26 Regierungsrätinnen und Regierungsräte der SVP

Kanton Graubünden Magdalena Martullo-Blocher 13.08.1969, lic. oec. HSG, Unternehmerin, Lenzerheide	Kanton Nidwalden Peter Keller 22.04.1971, lic. phil. I, Kleinunternehmer/Autor, Hergiswil	Kanton Obwalden Monika Rieger 25.03.1968, eidg. dipl. Metallbauplanerin, Engelberg	Kanton Schaffhausen Thomas Hurter 01.11.1963, Liniplot, Schaffhausen	Kanton Schwyz Marcel Dettling 01.02.1981, Landwirt, Oberberg Pirmin Schwander 28.12.1961, Dr. oec. publ., Unternehmer, Lachen
Kanton Solothurn Christian Inack 29.01.1960, Selbständiger Unternehmer, Fehren Walter Wobmann 21.11.1957, Technischer Kaufmann, Verkaufsführer, Gretzenbach	Kanton St. Gallen Roland Rino Büchel 08.10.1965, Sportmanager, Kleinunternehmer, Oberriet Mike Egger 02.08.1962, Projektleiter, Dipl. Betriebswirtschaftler NDS HF, Berneck Esther Friedli 04.06.1977, lic. rer. soc., Gastronomin, Beraterin für politische Kommunikation, Ebnet-Kappel Lukas Reimann 18.09.1962, M. aw. Jurist, Präsident AUNS, Wil	Kanton Tessin Piero Marchesi 19.09.1961, Betriebsleiter, Monteggio		
Kanton Thurgau Diana Gutjahr 13.01.1984, Unternehmerin, Betriebsökonomin FH, Amriswil Verena Herzog 07.02.1956, dipl. Kindergärtnerin, Geschäftsfrau, Frauenfeld Manuel Strupler 12.04.1980, Landwirt, Gartenbauunternehmer, Weinfelden	Kanton Waadt Michaël Buffat 27.08.1979, Bankleiter, Vuarens Jean-Pierre Orin 16.03.1947, Meisterlandwirt, Pomy Jacques Nicolat 24.10.1965, Landwirt, Lignerolle	Kanton Valais Jean-Luc Alder 22.04.1964, Rechtsanwalt, Savèze Franz Ruppen 24.02.1971, Advokat und Notar, Naters		
Kanton Zug Thomas Aeschi 13.01.1979, lic. oec. HSG, Harvard MPA, Unternehmensberater, Baar	Kanton Zürich Martin Haab 03.05.1962, Landwirt, Mettmenstetten Alfred Heer 12.10.1961, Kleinunternehmer, Zürich Roger Käppel 21.03.1965, Verleger und Chefredaktor «Die Weltwoche», Kusnacht Thomas Matter 23.03.1962, Unternehmer, Meilen Gregor Rutz 12.10.1972, lic. jur., Unternehmer, Zürich			

Kanton Aargau Jean-Pierre Gallati 24.08.1966, Vorsteher Departement Gesundheits und Soziales, Wohlen Alex Hürzeler 01.06.1965, Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport, Deschgen	Kanton Appenzell Ausserrhoden Hansueli Reutegger 14.11.1966, Vorsteher Departement Inneres und Sicherheit, Schwellbrunn	Kanton Appenzell Innerrhoden Ruedi Eberle 19.07.1967, Säckelmeister, Vorsteher Finanzdepartement, Gontenkofen	Kanton Basel-Landschaft Thomas Weber 23.11.1961, Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, Bus	Kanton Bern Christoph Neuhaus 10.05.1966, Bau- und Verkehrsdirktor, Kaufdorf Pierre Alain Schnegg 13.12.1962, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor, Champoz
Kanton Glarus Marianne Lienhard 17.07.1968, Landesstatthalter, Vorsteherin Departement Volkswirtschaft und Inneres, Elm Paul Winkler 13.04.1956, Vorsteher Justiz- und Sicherheitsdepartement, Kriens	Kanton Luzern Paul Winkler 13.04.1956, Vorsteher Justiz- und Sicherheitsdepartement, Kriens	Kanton Nidwalden Michèle Büchlinger 09.09.1970, Vorsteherin Justiz- und Sicherheitsdirektion, Hergiswil Res Schmid 25.02.1958, Bildungsdirektor und stellvertretender Gesundheits- und Sozialdirektor, Emmetten	Kanton Obwalden Daniel Wyler 23.10.1959, Landesstatthalter, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, Engelberg	Kanton Schaffhausen Ernst Landolt 26.07.1963, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, Rüdlingen Cornelia Stamm Hurter 08.11.1962, Vorsteherin Finanzdepartement, Schaffhausen
Kanton Schwyz Andreas Barraud 25.02.1977, Vorkantonschef Volkswirtschaftsdepartement, Bennau Herbert Hüwiler 20.02.1971, Vorsteher Sicherheitsdepartement, Freienbach André Rügsegger 30.06.1976, Landesstatthalter, Vorsteher Baudepartement, Brunnen	Kanton St. Gallen Stefan Kölliker 09.09.1970, Vorsteher Bildungsdepartement, Bronschhofen	Kanton Tessin Norman Gobbi 23.03.1977, Vorsteher Departement für Inneres, Justiz und Polizei, Airolo	Kanton Thurgau Monika Knill 18.11.1976, Vorsteherin Departement für Erziehung und Kultur, Alterswil Urs Martin 06.02.1979, Vorsteher Departement für Finanzen und Soziales, Romanshorn	
Kanton Uri Christian Arnold 25.02.1977, Vorkantonschef Gesundheits-, Sozial- und Umweltschutzdepartement, Seedorf	Kanton Zug Stephan Schleiss 26.12.1972, Landammann, Vorsteher Direktion für Bildung und Kultur, Steinhausen Heinz Tanner 10.05.1960, Vorsteher Finanzdirektion, Zug	Kanton Zürich Natalie Rickli 18.11.1976, Vorsteherin Gesundheitsdirektion, Winterthur Ernst Stocker 20.04.1955, Vorsteher Finanzdirektion, Wilderswil		



Die masslose Zuwanderung schadet unseren Kindern

Die Ergebnisse der Pisa-Studie sind alarmierend: Die Schulleistungen unserer Kinder haben sich in den letzten Jahren markant verschlechtert. Ein Viertel der Schulabgänger versteht die wichtigsten Inhalte eines Textes nicht mehr. Die unkontrollierte Zuwanderung ist wesentlich mitverantwortlich dafür, dass unsere Volksschule zunehmend an Qualität verliert. Wer bessere Bildungschancen für unsere Kinder will, sagt Ja zur Begrenzung der Zuwanderung.



Res Schmid, Bildungsdirektor Kanton Nidwalden, Emmetten (NW)

Die masslose Zuwanderung strapaziert die Integrationsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft. Darunter leiden die Schwächsten: Unsere Kinder und Jugendlichen. Durch die Personenfreizügigkeit kommen vor allem schlecht Qualifizierte in die Schweiz, um hier zu bleiben. Ihre Kinder sind weniger gut gebildet und drücken deshalb das Bildungsniveau unserer Volksschule. Insbesondere in städtischen Gebieten beträgt der Anteil an fremdsprachigen Kindern in den Klassen oft über 50%. In einer Studie des Max-Planck-Instituts für

Bildungsforschung hat festgestellt, dass bereits ab einem Migrantenanteil von 20% deutlich geringere Leistungen an den Schulen zu beobachten sind.

Pisa entlarvt die verfehlte Zuwanderungspolitik

Wie verheerend sich die masslose Zuwanderung auf die Bildung unserer Kinder auswirkt, führt die letzte Pisa-Studie drastisch vor Augen: Die Schweizer Schülerinnen und Schüler sind in allen Fächern schlechter geworden. Seit 2009 geht es mit ihren Leistungen im Lesen, in der Mathematik und in den Naturwissenschaften bergab. In der Lesekompetenz sind die Schweizer Schüler sogar deutlich unter die Durchschnittswerte der OECD-Staaten gefallen. Rund ein Viertel der Getesteten sind nicht fähig, die wichtigsten Inhalte eines Textes zu verstehen.

Die Leseleistung von Schülern mit Migrationshintergrund liegt um 52 Punkte noch tiefer als jene von

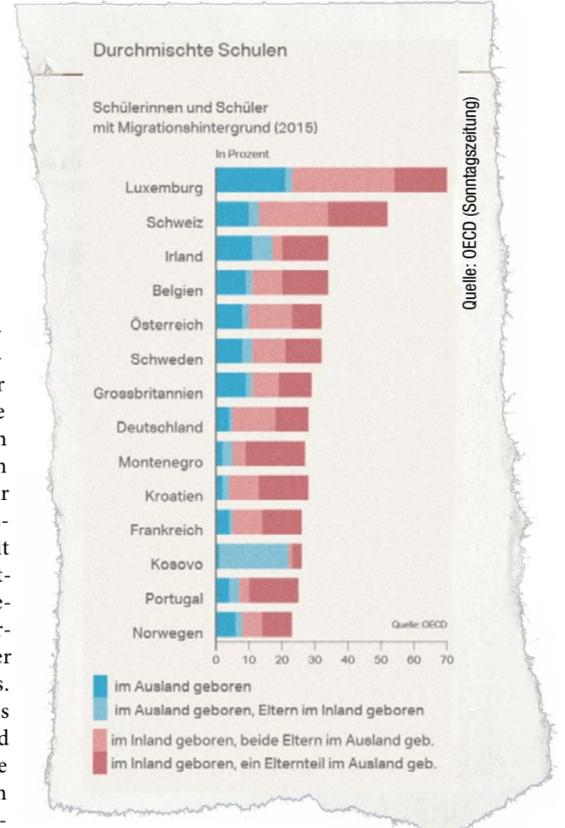
Schweizer Schülern. Wobei nicht die Kinder von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland das Problem sind. Sondern eine durch die Personenfreizügigkeit und durch die Asylumigration unkontrolliert gewordene Zuwanderung.

Die sozialen und kulturellen Probleme nehmen zu

Dass die Kinder weniger gut rechnen und lesen können, ist das eine. Hinzu kommt, dass im Unterricht immer mehr sprachliche, soziale, kulturelle oder familiäre Probleme gelöst werden müssen, statt dass den Kindern Wissen und Fähigkeiten vermittelt werden. Der Bedarf an teuren sonderpädagogischen Massnahmen und damit verbunden an mehr Stellen für Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter steigt stetig. Schweizer Kinder müssen sich sprachlich und verhaltensmässig immer mehr an die ausländische Dominanz anpassen, heute wird an manchen Schulen bereits auf Weihnachtsfeiern oder Advents-

kränze verzichtet. Die Qualität unserer öffentlichen Schulen leidet.

Masse statt Klasse: Die Pisa-Studie zeigt schonungslos die Folgen einer verfehlten Immigrationspolitik auf. Wer wieder bessere Schweizer Schulen will, stimmt am 27. September für die Begrenzungs-Initiative und damit für eine selbstbestimmte Zuwanderungspolitik im Interesse unserer Kinder und unseres Landes. Die Schweiz als rohstoffarmes Land ist auf hervorragende Schulen angewiesen – heute, in der aktuellen Wirtschaftskrise, mehr denn je.



Bereits über 50% der Schüler in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. In einigen Gemeinden beträgt der Anteil an Schülern, die zu Hause nicht Deutsch sprechen bereits über 80%!

Bildung: Auch hier müssen wir besser sein

Damit die Schweiz erfolgreich bleibt, brauchen wir ein hervorragendes Bildungssystem. Wir brauchen gute Berufsleute und gute Hochschulen. Wir wollen Schweizer Qualität statt EU-Durchschnitt und sagen deshalb am 27. September Ja zur Begrenzungs-Initiative.



Peter Keller, Nationalrat, lic. phil. I, Kleinunternehmer/Autor, Hergiswil (NW)

Eine grosse Stärke der Schweiz ist ihr Berufsbildungssystem. So können wir eigene Fachkräfte ausbilden und Produkte in Schweizer Qualität herstellen, die in der ganzen Welt gefragt sind. Zudem stehen mit einer Berufslehre alle Wege offen. Wer aus der Praxis kommt und sich weiterbildet, ist in der Schweiz gefragter als «Theoretiker», die nur immer in der Schule waren. Mit der Begrenzungs-Initiative sichern wir die Schweizer Berufsbildung. Wir

möchten, dass die Unternehmen junge Menschen ausbilden, statt einfach Leute aus dem Ausland zu holen. Wir möchten den beruflichen Weg attraktiv behalten. Das können wir nur, wenn der Lohndruck durch Grenzgänger und günstige Arbeitskräfte aus der EU begrenzt wird.

Absurde Situation an ETHL und ETHZ

Neben der Berufslehre gibt es die Mittelschulen. Hier können junge Menschen die Matura machen und anschliessend studieren. Während angehende Berufsleute bereits selber Geld verdienen, werden die Mittelschulen grosszügig mit Steuergeldern finanziert. Umso stossender sind jene Gymnasiasten, die am Freitag lieber «Klima-Streik» machen, als zu lernen. Es käme keinem Lehrling in den Sinn, ein-

fach einen Tag im Lehrbetrieb zu fehlen, um ein bisschen demonstrieren zu gehen...

Wir können stolz sein auf die beiden ETH in Zürich und Lausanne. Sie gehören weltweit zu den besten Hochschulen. Warum? Weil sie auf Leistung setzen. Wer die Prüfungen nicht besteht, muss gehen. Aber auch bei den ETH wird die Situation langsam absurd: Im Masterstudium stammen rund 30% der Studierenden aus dem Ausland, bei den Doktorierenden sind es sogar 77%. Zwei von drei Professoren sind ebenfalls aus dem Ausland.

Vermischung von Forschung und Politik

Wir müssen also auch bei den Hochschulen eine Grenze ziehen.

Es kann nicht sein, dass wir mit Schweizer Steuergeldern ausländische Professoren finanzieren, die ausländische Studierende ausbilden.

Und noch ein Wort zu den Forschungsprogrammen mit der EU. Auch wir von der SVP sind für gemeinsame Projekte. Aber die EU vermischt Politik mit Forschung. Wenn der Preis für ein Forschungsabkommen darin besteht, dass die Schweiz sich dem EU-Recht und dem EU-Gerichtshof unterstellen muss, dann sagen wir ganz klar Nein!

Die Schweiz und Grossbritannien haben die besten Hochschulen in Europa. Wir können selbstbewusst mit der EU verhandeln. Und auch bei der Bildung gilt: Wir müssen besser sein als die anderen.

«Unsere Volksschule erträgt diese masslose Zuwanderung nicht»

Eine Volksschule im Aargau, 1000 Schülerinnen und Schüler aus rund 30 Nationen, im Durchschnitt sprechen 80% kein Deutsch. Eine Schulleiterin* berichtet, was sie und ihre Kollegen täglich erleben.

Am Sporttag der Oberstufe stören einige Schüler mit «Allahu akbar»-Rufen die Siegerehrung. Als eine Lehrerin sie auffordert, still zu sein, antwortet einer: «Du bist eine Frau, du hast mir nichts zu sagen.» Schliesslich musste die Siegerehrung abgebrochen werden. Beim Gespräch mit der Schulleitung warfen die Jugendlichen der Schule Rassismus vor.

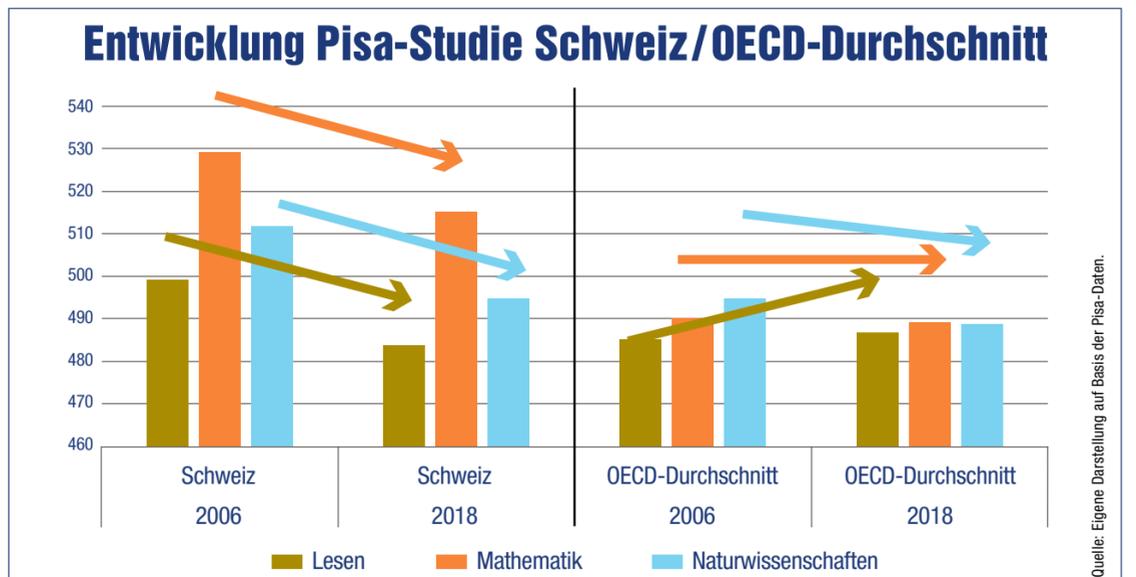
Schüler Z fiel sehr negativ auf. Wiederholt gab es Gespräche mit ihm und seinen Eltern – und einem Übersetzer. Der Junge sagte, er werde wegen seiner Hautfarbe diskriminiert. Schliesslich kam es zum Schulausschluss. Seine Fami-

lie akzeptierte den Ausschluss nicht, störte den Unterricht und bedrohte Lehrpersonen.

Unsere Volksschule ist täglich bemüht, den Kindern und Jugendlichen eine glückliche und lehrreiche Zeit zu ermöglichen. Wenn aber im Durchschnitt 80% der Schülerinnen und Schüler kein Deutsch sprechen, leidet die Bildung und Integration kann nicht mehr stattfinden. Die Volksschule kann diese Masse an Zuwanderung nicht weiter (er-)tragen.

*Name der Schulleiterin ist der Redaktion bekannt

Lesen Sie den ganzen Text und weitere Beispiele auf www.begrenzungsinitiative.ch



Die anerkannte PISA-Studie zeigt es deutlich. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sinkt das Bildungsniveau in der Schweiz.

Schweizer Sozialwerke kapitulieren vor massloser Zuwanderung

Wie EU-Ausländer das System austricksen und direkt in unser Sozialsystem einwandern.



Martina Bircher, Nationalrätin, Ressort Soziales im Gemeinderat, Aarburg (AG)

Als Sozialvorsteherin einer Gemeinde erlebe ich leider oft, wie EU-Ausländer dank der Personenfreizügigkeit die Schweizer Sozialwerke schamlos plündern. Eine beliebte Masche ist, dass Ausländer, die bereits in der Schweiz leben, Freunde und Bekannte mit einem Arbeitsvertrag ins Land holen. So kam ein junger Italiener hierher. Als er seine Stelle in der Pizzeria antreten wollte, sagte der Inhaber, die Betriebslage habe sich verschlechtert. Somit landete der junge Italiener direkt auf dem Sozialamt.

Keine Lust auf Arbeit

Eine deutsche Familie wanderte dank Arbeitsvertrag ebenfalls in die Schweiz ein. Der deutsche Bodenleger, der in Deutschland von Harz IV gelebt hatte, erhielt in der Schweiz bereits während der Probezeit die Kündigung, weil seine Leistung nicht stimmte. Seine Frau fand eine Stelle als Teilzeitverkäuferin, die sie jedoch bald kündigte, weil sie jetzt, wo ihr Mann zu Hause sei, mehr Zeit für die Familie haben wolle.

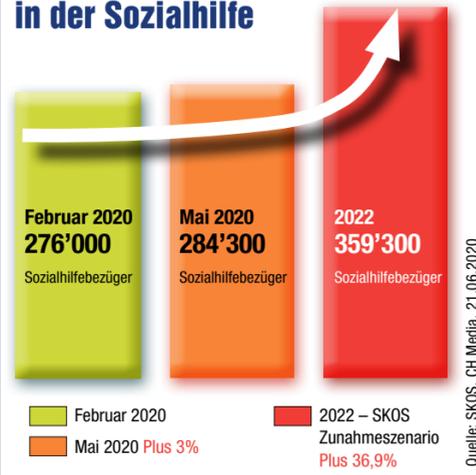
Es war klar, das deutsche Ehepaar hatte schlicht keine Lust zu arbeiten, trotzdem können sich die beiden zurücklehnen und vom gut ausgebauten Schweizer Sozialstaat leben. Denn sobald jemand aus der EU den Schweizer Behörden einen Arbeitsvertrag vorlegen kann, müssen diese eine Aufenthaltsbewilligung für fünf Jahre erteilen. Die Gerichte haben sogar entschieden, dass dafür selbst

ein Arbeitsvertrag für ein Pensum von nur 12,5 Stunden pro Woche ausreicht. Obwohl man mit 12,5 Arbeitsstunden pro Woche kaum genug verdient, um in der Schweiz ohne staatliche Unterstützung leben zu können.

Die Personenfreizügigkeit ist kein Erfolgsmodell, sondern ein Freipass für jede EU-Bürgerin und jeden EU-Bürger, in die Schweizer Sozialwerke einzuwandern. Selbst der Bund kam in seinem Bericht zur Personenfreizügigkeit zum Schluss, dass die Zuwanderung für die Arbeitslosenversicherung wie auch für die Sozialhilfe ein Minusgeschäft ist, da dort vor allem Ausländer profitieren, weil sie mehr beziehen als einzahlen.

Bei der AHV hingegen sei die Zuwanderung ein voller Erfolg, versuchen die Befürworter der Personenfreizügigkeit diese schönzureden. Wandern vorwiegend jüngere Personen ein, dann wirkt sich dies zwar positiv auf die AHV aus – zumindest kurz- und mittelfristig. Längerfristig gibt es aber auch hier Probleme, denn diese Personen haben später Anspruch auf eine AHV-Rente – obwohl sie nicht von Anfang an einbezahlt haben, mit Kleinstpensen beschäftigt oder eben von der Sozialhilfe abhängig waren. Diese Zuwanderer haben dann eine minimale AHV-Rente, von der sie nicht leben können. Weil die

Wegen der Corona-Krise landen immer mehr Menschen in der Sozialhilfe



Personenfreizügigkeit allen EU-Bürgern die Gleichstellung mit der Schweizer Bevölkerung garantiert, haben sie Anspruch auf Ergänzungsleistungen.

Es kommen vor allem schlecht Qualifizierte

Die Zuwanderung in unsere Sozialwerke hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Kamen mit der Einführung der Personenfreizügigkeit vorwiegend Fachkräfte wie Ärzte und Ingenieure, so kommen heute vor allem schlecht qualifizierte beispielsweise aus Rumänien und Bulgarien. Sie landen bald in der Sozialhilfe oder leben auf andere Weise vom Staat und damit von den Schweizer Steuerzahlenden. Jetzt, in der Krise, in der die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern massiv steigt, nimmt die Zuwanderung in unser Sozialsystem weiter zu. Wenn wir unsere Sozialwerke erhalten wollen, ist es heute dringender denn je, dass wir die Zuwanderung selber steuern.

« EU-Ausländer holen Freunde und Bekannte oft mit einem Arbeitsvertrag ins Land und entlassen sie noch vor Arbeitsbeginn. So landen die Zuwanderer direkt in der Sozialhilfe. »

Gastbeitrag:

Für eine Zuwanderung im Interesse der Schweiz



Pierre Alain Schnegg, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor Kanton Bern, Champoz (BE)

Als souveränes Land muss die Schweiz völlig frei sein, jede Person aus dem Ausland zur beruflichen Tätigkeit bei uns zuzulassen. Schon vor über einem Jahrhundert kamen zahlreiche Fachkräfte aus unseren Nachbarländern zur Erwerbstätigkeit in die Schweiz. Diese Bedürfnisse werden in jedem Fall weiterhin gedeckt werden können.

Dabei ist es aber wichtig, dass die Schweiz – wie dies die allermeisten Länder tun – selber entscheiden kann, wer hierherkommen und eine Stelle antreten darf. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit, die uns im Nachgang zur Corona-Pandemie droht, ist ein Inländervorrang heute wichtiger als je zuvor.

Unser Land muss in der Lage sein, seinen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften auf eine Art und Weise zu decken, die seinen Bedürfnissen und den Erwartungen seiner Bevölkerung entspricht und diese respektiert. Wir müssen rasche und effiziente Prozesse festlegen können, die den ausgewiesenen Bedürfnissen unserer Wirtschaft Rechnung tragen. Als ehemaliger Unternehmer weiss ich, wie wichtig dies ist.

Mit diesem Wunsch sind wir nicht allein. Auch innerhalb der EU hat sich vieles verändert. Sogar Frankreich, Gründungsmitglied und Motor der europäischen Integration, überlegt sich die Wiedereinführung eines Inländervorrangs.

Entwicklung der Anzahl Taggeldbezügler nach Nationalität seit Einführung der Personenfreizügigkeit

Nationalität	2007	2018	Steigerung
Ungarn	195	2'121	987,7%
Slowakei	234	2'012	759,8%
Polen	330	2'770	739,4%
Bulgarien	144	1'076	647,2%
Rumänien	238	1'313	451,7%
Deutschland	7'006	15'845	126,2%
Frankreich	4'388	8'720	98,7%
Spanien	3'749	7'104	89,5%
EU-28 gesamt	54'347	99'102	82,4%
Portugal	16'162	26'734	65,4%
Gesamt	261'877	312'829	19,5%
Schweiz	159'419	167'260	4,9%

Quelle: Bezügler von Taggeld nach Nationen gegliedert gemäss SECO

So «pfefferscharf» wurde das Stimmvolk belogen

Die von Volk und Ständen 2010 angenommene Ausschaffungsinitiative wird nicht umgesetzt. Die Härtefallklausel, die die SVP von Anfang an als Hintertür zur Aushebelung des Volksentscheides vehement abgelehnt hat, erweist sich in der Praxis als Schutz für ausländische Kriminelle und Sozialhilfebetrüger. Das Versprechen der anderen Parteien, die Ausschaffungsinitiative «pfefferscharf» umzusetzen, war hohl wie eine Orgelpfeife. Jetzt geht die Verschleierei und Lüge bei der Begrenzungs-Initiative wieder von vorne los.



Adrian Amstutz, alt Nationalrat, Unternehmer, Sigriswil (BE)

Wir sahen es kommen: Nachdem Volk und Stände im November 2010 zur Ausschaffungsinitiative Ja gesagt hatten, tat die vereinigte SVP-Gegnerschaft aller anderen Parteien so, als wollte sie den Volkswillen umsetzen. In Tat und Wahrheit dachte sie nicht im Traum daran. Weil wir das wussten, lancierten wir damals erfolgreich die Durchsetzungsinitiative. Im Abstimmungskampf sagten unsere Gegner, diese Initiative sei eine Zwängerei, weil das

Parlament die Ausschaffungsinitiative sowieso «pfefferscharf» umsetze.

Heute haben wir den Beweis: Das waren alles leere Versprechungen, das Volk wurde brandschwarz angelogen. Statt dass verurteilte ausländische Kriminelle endlich unser Land verlassen müssen, darf fast die Hälfte von ihnen bleiben. Je nach Art der Straftat ist es sogar die Mehrheit, die von Richtern und Staatsanwälten entgegen dem klaren Volkswillen mit Samthandschuhen angefasst wird. So müssen nicht einmal 5 Prozent der verurteilten ausländischen Sozialhilfebetrüger die Schweiz verlassen. Bei den Gewalttätern, die wegen schwerer Körperverletzung verurteilt wurden, kassieren weniger als 50 Prozent einen Landesverweis. Unsere Gesetze sagen zwar klar, dass es in unserem Land keinen Platz gibt für abgewiesene Asylbewerber, ausländische Verbrecher und Sozialhilfebetrüger. In der Praxis gilt

das Gegenteil: Wer einmal hier ist, bleibt hier und kann faktisch unbehelligt unser System ausnützen. Wenn selbst die Justiz Unrecht zu Recht macht, warum sollen sich dann Chaos-Demonstranten und Sozialhilfebetrüger, Drogen- und Frauenhändler, Vergewaltiger, Gewalttäter und Diebe noch daran halten?

Die anderen Parteien verspielen die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates

Die Verantwortung für diese Rechtsstaat-Verluderung tragen FDP, CVP, GLP, BDP, SP, Grüne, EVP. Sie setzten sowohl bei der Ausschaffungsinitiative wie auch bei der Masseneinwanderungsinitiative den Volkswillen nicht um oder verbogen ihn bis zur Unkenntlichkeit. Dabei verspielen sie die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates, weil sie zulassen, dass geltendes

Verfassungsrecht nicht umgesetzt wird. Auch verkaufen sie die Stimmbürgerinnen und -bürger für dumm. Indem sie ihnen eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative oder einen «Inländervorrang» auf dem Arbeitsmarkt versprechen und dann das Gegenteil tun. Denn auch der sogenannte Inländervorrang ist eine Farce, die ausser mehr Bürokratie und

Kosten wenig bringt. So wenig, dass die gleichen Politiker jetzt mit Hunderten von Millionen Steuerfranken eine Entlassungsrente für ältere Arbeitslose schaffen, die wegen der massenhaften Zuwanderung junger billiger EU-Arbeitskräfte keine Stelle mehr finden. Zum Glück lässt sich dies am 27. September mit einem Ja zur Begrenzungs-Initiative korrigieren.



Toni Brunner, alt Nationalrat, Landwirt und Gastronom, Ebnet-Kappel (SG)

« Die Personenfreizügigkeit verhindert die Ausschaffung von kriminellen Ausländern zurück in ihre EU-Heimatstaaten. Mit der Begrenzungs-Initiative können wir dies endlich korrigieren und kriminelle Ausländer aus der Schweiz ausschaffen! »

Neue Studie: Bilaterale I machen Schweizer ärmer

Profitiert die Schweiz von den Bilateralen I und der Personenfreizügigkeit? Eine neue Studie aus England zeigt anhand neuester Daten: Von 2002 bis 2017 sind die Löhne aufgrund der Zuwanderung um 3,5% weniger gewachsen. Auch das BIP pro Kopf hat stark gelitten.

Von Beat Siegrist
VR-Präsident Schweizer Technologies,
Steinhausen (ZG)

Seit Jahren streitet sich die Wissenschaft: Was haben die Bilateralen I der Schweiz gebracht? Einige Studien kommen zum Ergebnis, dass die Schweiz profitiert habe. Die meisten davon stammen von behördennahen Organisationen wie der Konjunkturforschungsstelle der ETH oder sie wurden im direkten Auftrag des Bundes oder von Economieuisse erstellt.

Jetzt hat die Stiftung für bürgerliche Politik bei Europe Economics ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben. Darin untersucht das renommierte englische Forschungsinstitut, wie die sieben Verträge der Bilateralen I auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ausgewirkt

haben. Das BIP/Kopf ist das ökonomische Mass für den Wohlstand. Es besagt, wie viel eine durchschnittliche Person pro Jahr erwirtschaftet. Die Schweiz belegt hier mit etwa 80'000 Franken einen internationalen Spitzenplatz.

Gemäss den Ökonomen haben vier der sieben Verträge der Bilateralen I keine wirtschaftlich messbare Wirkung auf das BIP/Kopf. Als ökonomisch wichtig sehen die Forscher das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse, das Abkommen über den Flugverkehr und das Personenfreizügigkeitsabkommen an.

Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen:

1) Die Abkommen über die Luftfahrt und über die technischen Handels-

hemmnisse haben im Zeitraum 2002–2017 je 0,1 bis 0,2% zum BIP/Kopf hinzugefügt. Ohne sie wäre das BIP pro Kopf um je 80 bis 160 Franken kleiner.

2) Die Einwanderung hat im gleichen Zeitraum 4,4% an Wachstum des BIP/Kopf gekostet. Ohne Einwanderung läge das jährliche BIP/Kopf heute um gut 3500 Franken höher. Ein Teil dieses Verlusts entsteht, weil die Einwanderer im Durchschnitt weniger produktiv sind als die Bevölkerung von 2002. Aber auch bei den Schweizerinnen und Schweizern hat die Einwanderung das BIP/Kopf um 1,3 bis 2,0% ge-



Die Bilateralen I haben unseren Wohlstand bereits in den letzten Jahren geschmälert, in Zukunft wird sich dies wegen des Brexits noch verstärken. Damit bleibt den Bürgern immer weniger im Portemonnaie.

senkt. Direkt dem Freizügigkeitsabkommen rechnen die Forscher 0,7% entgangenes Wachstum beim BIP/Kopf zu – ein Minus von 560 Franken pro Person im Jahr 2017. Besonders hart trifft die Einwanderung die Lohnempfänger. Die Löhne wären ohne Einwanderung heute um 3,5 bis 3,7% höher.

Das Fazit des Gutachtens: Die Personenfreizügigkeit hat die Schweizer Bevölkerung ärmer gemacht. Die übrigen Verträge der Bilateralen I gleichen diesen Wohlstandsverlust nur zu einem kleinen Teil aus. Die Forscher gehen davon aus, dass sich diese Auswirkungen in Zukunft

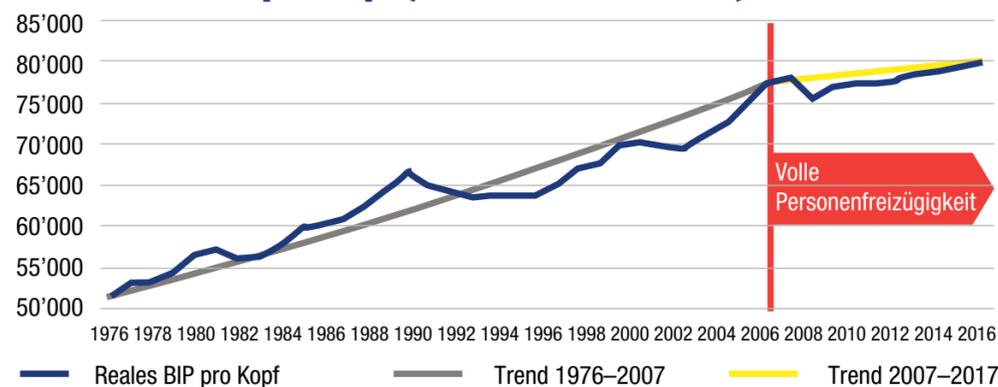
sogar noch verschärfen: Jedes Mal, wenn in der Eurozone eine Krise auftritt, sei mit einer erneuten Massenemigration zu rechnen.

Die schlecht konstruierte EU-Währungsunion, so die Ökonomen, wirke nämlich wie eine Pumpe: Sie treibt viele Bewohner der Eurozone bei Wirtschaftskrisen in besser funktionierende Volkswirtschaften – hauptsächlich nach Norwegen, in das Vereinigte Königreich und in die Schweiz. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU falle jedoch ein grosses Auffangbecken für die Opfer zukünftiger Euro-Wirtschaftskrisen weg. Die wahrscheinliche Folge: Die Schweiz wird durch die Personenfreizügigkeit noch viel grössere Einwanderungswellen erleben als bisher – mit entsprechenden Folgen für den Wohlstand.

Abkommen	Auswirkung
Handel (Technische Hemmnisse)	80–160 Franken höheres BIP/Kopf
Flugverkehr	80 Franken höheres BIP/Kopf
Freizügigkeit	560 Franken tieferes BIP/Kopf
Insgesamt	400 Franken tieferes BIP/Kopf

Kosten/Nutzen (2002–2017) der Bilateralen I pro Kopf der einheimischen Bevölkerung im Jahr 2017.
Quelle: Europe Economics

Entwicklung des realen Schweizer Bruttoinlandsproduktes BIP pro Kopf (in Franken von 2010)



Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU ist das BIP pro Kopf in der Schweiz gebremst worden. Ohne Einwanderung läge das jährliche BIP/Kopf heute um gut 3500 Franken höher.

Europe Economics (2020). Wirtschaftliche Auswirkungen der Bilateralen I auf Schweizer Bürger. Gutachten im Auftrag der Stiftung für bürgerliche Politik. Internet: www.buergerliche-politik.ch

Das will die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)»:

Die Bundesverfassung¹ wird wie folgt geändert:

Art. 121b Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

¹ Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.

³ Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

Art. 197 Ziff. 121²

12. Übergangsbestimmungen zu Art. 121b (Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit)

¹ Auf dem Verhandlungsweg ist anzustreben, dass das Abkommen vom 21. Juni 1993 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Artikel 121b durch Volk und Stände ausser Kraft ist.

² Gelingt dies nicht, so kündigt der Bundesrat das Abkommen nach Absatz 1 innert weiteren 30 Tagen.

¹ SR 101

² Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmungen wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

³ SR 0.142.112.681; AS 2002 1529

So geht es nach einem JA weiter:

Mit einem JA zur Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung («Begrenzungs-Initiative»):

 Geben wir dem Bundesrat den Auftrag, das Abkommen über die Personenfreizügigkeit innerhalb eines Jahres neu zu verhandeln und ausser Kraft zu setzen

 Gelingt auf dem Verhandlungsweg keine Einigung, wird das Abkommen gekündigt

 Der Rechtsanspruch aller EU-Bürger auf freie Zuwanderung in die Schweiz entfällt

 Wir übernehmen die Kontrolle über eine massvolle Zuwanderung wieder selber und bestimmen, wer unter welchen Bedingungen hier leben und arbeiten darf

Deshalb am 27. September 2020

JA

Achtung: Fake-News



Die Gegner einer massvollen Zuwanderung behaupten:

«Die EU kündigt uns alle Verträge!» **Falsch!**

Das ist Angstmacherei! Statt die Sorgen und Nöte der Schweizer Bevölkerung ernst zu nehmen, spekulieren sie nur duckmäuserisch und in voreilem Gehorsam darüber, was alles passieren könnte. Richtig ist: Mit der EU muss man selbstbewusst verhandeln. Die EU hat ein grosses Interesse an Verträgen mit der Schweiz. Denn wir kaufen für Milliarden in der EU ein!

«Wir bekommen keine Fachkräfte!» **Lüge!**

Richtig ist: Auch vor 2007 haben wir genügend Fachkräfte bekommen! Und: **Von den Zuwanderern aus der EU ist nur jeder 5. eine Fachkraft.** Alle anderen sind billige Arbeiter für Stellen ohne weitergehende Ausbildung!

«Unsere Wirtschaft verliert den Zugang zum EU-Binnenmarkt!» **Unsinn!**

Der Zugang zum EU-Markt für unsere Firmen ist nach wie vor durch den Freihandelsvertrag von 1972 und die Abkommen der Welthandelsorganisation gesichert!

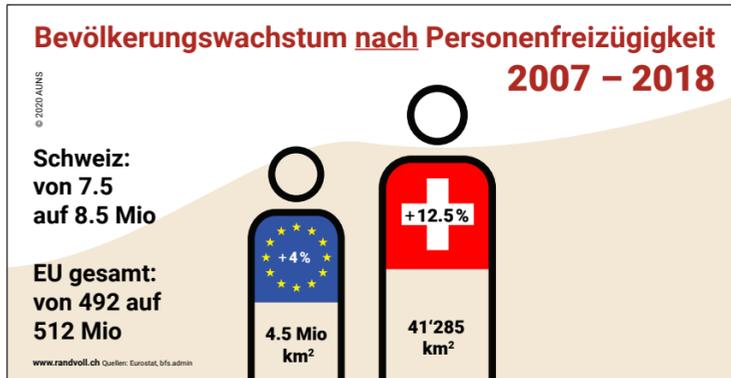
«Kurzfristig und verantwortungslos»

Eine von der EU diktierte Zuwanderung führt zu irreparablen Schäden in unserem politischen Gefüge und zerstört die Schweiz, wie wir sie heute kennen.



Thomas Aeschi, Nationalrat, Fraktionspräsident, lic. oec. HSG, Harvard MPA, Unternehmensberater, Baar (ZG)

1990 zählte die Schweiz 6,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Heute leben 8,6 Millionen Menschen in unserem Land. Über 2,1 Millionen sind Ausländer, obwohl sich jährlich zwischen 40'000 und 50'000 Personen einbürgern lassen. Seit 1990 haben über 950'000 Ausländer den Schweizer Pass erhalten.



Zum Vergleich: Die Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien ist seit 1990 um 19 respektive 15% geschrumpft. Im Kosovo sind sogar die Hälfte aller Einwohner weggezogen. Auf der anderen Seite stehen die Zielländer dieser Migranten. Bei deren

Aufnahme ist die Schweiz Spitzenreiterin in Europa. Unser Land musste in den vergangenen 30 Jahren mehr als das sechsfache Bevölkerungswachstum von Deutschland verkraften. Seit 1990 ist unsere Einwohnerzahl aufgrund der Zuwanderung um über einen Viertel gewachsen. Die «10-Millionen-Schweiz» ist nicht mehr fern.

Die Verlockungen des Systems

Nach Gründen für diese Masseneinwanderung braucht man nicht lange zu suchen: In der Schweiz beträgt das Bruttoinlandprodukt (BIP) 80'000 Franken pro Einwohner. In Grossbritannien liegt es bei 41'000; in Italien bei 32'000; in Griechenland bei 17'000; in Rumänien bei 12'000 und in Bulgarien bei 9'000 Euro pro Kopf. Das Gleiche gilt für die Altersvorsorge. In einer globalen Analyse aller Altersvorsorgesysteme erreicht die Schweiz den ersten Platz. Deutschland schafft es auf den 13. Platz, Italien und Spanien auf den 29. respektive 31. Rang. Griechenland ist auf dem 41. Platz – noch nach China. Die Altersvor-

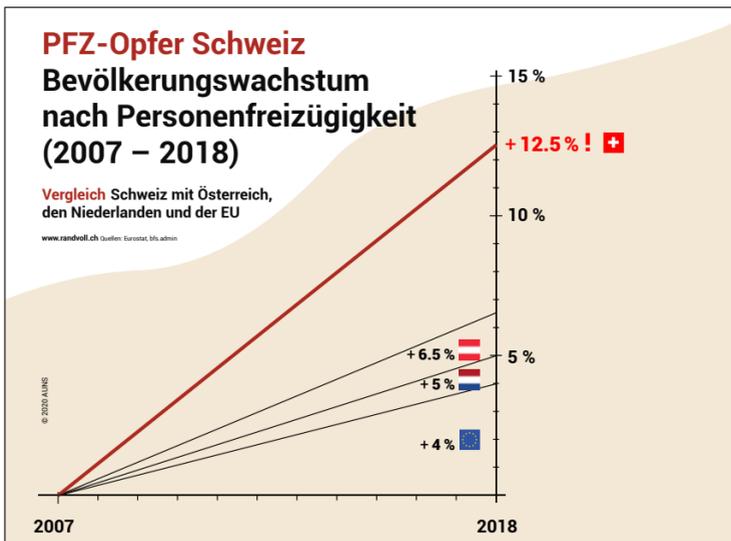
sorgesysteme von Rumänien, Bulgarien, Albanien oder dem Kosovo wurden nicht einmal bewertet.

Die aktuelle Wirtschaftskrise wird die Lage weiter verschärfen. In etlichen EU-Ländern, darunter Italien und Frankreich, explodieren die Arbeitslosenquoten bereits, was dazu führt, dass von dort noch mehr Menschen in die Schweiz drängen, um hier eine Stelle oder einen Platz in unserem Sozialsystem zu finden. Denn die Schweiz steht selbst jetzt in der Krise im internationalen Vergleich gut da. Dies ist das Resultat einer vorausschauenden bürgerlichen Finanzpolitik.

Ein Rumäne oder Bulgare wird alles daran setzen, mit Hilfe der Personenfreizügigkeit in die Schweiz zu ziehen. Wir alle kennen die Folgen von jährlich netto 75'000 Zuwanderern. Diese Leute konkurrieren mit Billiglöhnen Schweizer Arbeitskräfte. Gleichzeitig belasten sie unsere Sozialwerke überdurchschnittlich. Die Erwerbslosenquote der ausländischen Bevölkerung ist etwa doppelt so hoch wie jene der Schweizer und wird in der Krise weiter steigen.

Das gleiche Bild zeigt sich bei der Invalidenversicherung (IV): Eine Studie des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) belegt, dass vor allem Personen aus Spanien, Italien, Portugal und Ex-Jugoslawien deutlich häufiger IV-Renten beziehen als Schweizer. Bei der AHV gibt selbst der Bundesrat zu: «Langfristig begründen die Beitragszahlungen aber natürlich auch Rentensprüche, welche die AHV in 30 bis 40 Jahren belasten werden.» Und auch bei den Ergänzungsleistungen sind es vor allem Ausländer, die profitieren. Die Kosten haben sich seit dem Jahr 2000 von 2 auf 5 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Während nur 11 Prozent der Schweizer AHV-Rentner Ergänzungsleistungen beziehen, ist es bei den Ausländern jeder Vierte. Bei den Krankenkassenprämienverbilligungen, die auf jährlich über 4,5 Milliarden Franken explodiert sind, verhält es sich genauso.

Wir wollen eine massvolle Zuwanderung, die wir Schweizer steuern und nicht die EU. Sonst kommt es zu irreparablen Schäden in unserem politischen Gefüge und die Schweiz, wie wir sie heute kennen, wird zerstört.



Sandra Sollberger, Nationalrätin und Mitglied des Parteileitungsausschusses, Malermeisterin / Unternehmerin, Bubendorf (BL)

« Dass die Personenfreizügigkeit den Fachkräftemangel behebt ist ein Märchen. Dieser besteht auch nach 13 Jahren Personenfreizügigkeit. Der Grund: Nur jeder fünfte EU-Zuwanderer ist eine gesuchte Fachkraft, 80% sind vor allem billige Hilfsarbeiter. »

Strategisch denken, selbstbewusst auftreten: Unabhängigkeit hat Zukunft!

Entgegen den Behauptungen der Gegner wären Nachverhandlungen über das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) bei Annahme der Begrenzungs-Initiative nicht nur möglich, sondern auch im Interesse der EU.



Gregor Rutz, Nationalrat, Unternehmer, Zürich (ZH)

Seit Jahren fehlt eine sachliche Diskussion über die Freizügigkeit und ihre Auswirkungen. Die meisten Prognosen zum FZA erwiesen sich als falsch. Die Zuwanderung aus dem EU-Raum ist viel grösser als erwartet. Zudem sind es ganz andere Leute, als man gesagt hat: 80 Prozent der Zuwanderer kommen nicht in Mangelberufen. Zudem wächst der öffentliche Sektor dreimal so schnell wie die Zuwanderung. Wenn wir so weitermachen, steuern wir geradewegs auf eine 10-Millionen-Schweiz zu.

Wir müssen die Zuwanderung endlich wieder eigenständig steuern, damit die Situation nicht vollends aus dem Ruder läuft. Wir müssen der Wirtschaft er-

möglichen, diejenigen Arbeitskräfte zu rekrutieren, die benötigt werden. Sodann wollen wir ein Wirtschaftswachstum, von dem jeder Einzelne etwas hat. Wenn die Wirtschaft wächst, aber der Einzelne nicht davon profitiert, nützt das niemandem.

Vor diesem Hintergrund hat die SVP die Begrenzungs-Initiative lanciert. Wird die Initiative angenommen, hat der Bundesrat ein Jahr Zeit, die Beendigung oder Ausserkraftsetzung der Freizügigkeit mit Brüssel zu verhandeln. Sollte sich die EU nicht gesprächsbereit zeigen, muss der Bundesrat das Freizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen kündigen.

FZA sieht Nachverhandlungen vor

So weit dürfte es allerdings nicht kommen. Dies aus zwei Gründen: Erstens sind Nachverhandlungen Teil des Personenfreizügigkeitsabkommens. Im Artikel 18 heisst es wörtlich: «Wünscht eine Vertragspartei eine Revision dieses Abkommens, so unterbreitet sie dem Gemischten Ausschuss hierzu einen Vorschlag. Die Änderung dieses Ab-

kommens tritt nach Abschluss der jeweiligen internen Verfahren in Kraft; hiervon ausgenommen sind Änderungen der Anhänge II und III, die vom Gemischten Ausschuss beschlossen werden und sofort nach dessen Beschluss in Kraft treten können.»

Zweitens ist die Personenfreizügigkeit Bestandteil der sogenannten Bilateralen I, die seit 2002 in Kraft sind. Sollte eines dieser sieben Abkommen gekündigt werden, wären die sechs übrigen laut der «Guillotine-Klausel» ebenfalls hinfällig. Doch nur schon das Landverkehrsabkommen, das der EU den internationalen Warenverkehr auf einer der wichtigsten Strassenachsen Europas – die durch die Schweiz führt – erlaubt, würde eine Kündigung aller Bilateralen I für die EU zum politischen Himmelfahrtskommando machen.

Auch bezüglich des Forschungs- oder des Luftverkehrsabkommens hat die EU relevante Interessen. Oder auch im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens: Es sind EU-Unternehmen, welche Aufträge in der Schweiz ergattern. Schweizer Betriebe haben eine schwieri-



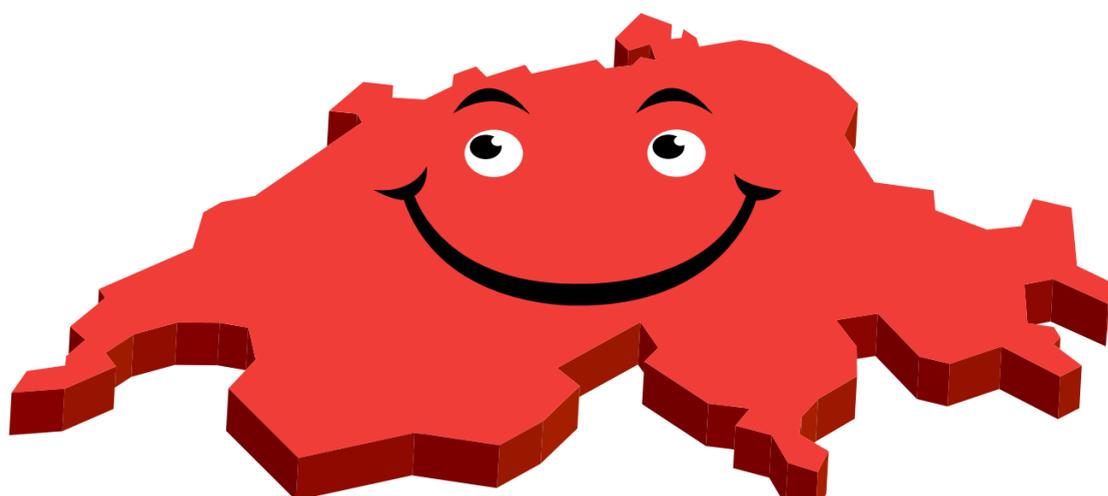
Die EU ist politisch angeschlagen und hat grosses Interesse an einer Nachverhandlung der Personenfreizügigkeit.

gere Situation, weil sie oft teurer sind als die Konkurrenz aus dem EU-Raum. Dies alles zeigt: Es ist naiv zu glauben, die EU habe kein Interesse an guten Beziehungen zur Schweiz.

EU ist politisch angeschlagen

Die wirtschaftlich und politisch angeschlagenen EU hat ein grosses Interesse an der Fortführung von guten Beziehungen mit der Schweiz, ihrem zweitwichtigsten Handelspartner. Der Austritt Grossbritanniens, dessen Volkswirtschaft so stark ist wie die 19 kleinsten EU-Mitglieder zusammen,

bereitet nachhaltige Probleme. Die Angst vor Gesprächsverweigerung seitens der EU und vor der Guillotine-Klausel ist unbegründet. Es gibt keinen Vertrag, von dem nur die Schweiz profitiert, im Gegenteil: Bei den meisten Dossiers steht die EU als Gewinnerin da, was bedeutet, dass sie viel zu verlieren hat. Der Auftrag an den Bundesrat ist darum klar: Er muss der EU gegenüber diese Positionen deutlich machen. Gelingt dies, darf er mit Verhandlungsbereitschaft und Zugeständnissen seitens der EU rechnen.



JA+

zur Begrenzungs-Initiative

Weniger ist mehr!

Mit einem JA zur Begrenzungs-Initiative sorgen wir für eine massvolle Zuwanderung!

Denn dann können wir wieder selbst bestimmen, wie viele Menschen in unser Land kommen dürfen.

Das nützt allen:

Massvolle und kontrollierte Zuwanderung = **Mehr Lebensqualität für die ganze Schweiz** ✓

Weniger Billig-Arbeiter = **Mehr Lohnsicherheit für alle** ✓

Weniger Ü-50-Arbeitslose = **Mehr und sichere Arbeitsplätze bis zur Pensionierung** ✓

Weniger verstopfter ÖV = **Mehr Sitzplätze und pünktliche Züge** ✓

Weniger Zubetonierung = **Mehr Natur** ✓

Weniger Stau = **Mehr Mobilität** ✓

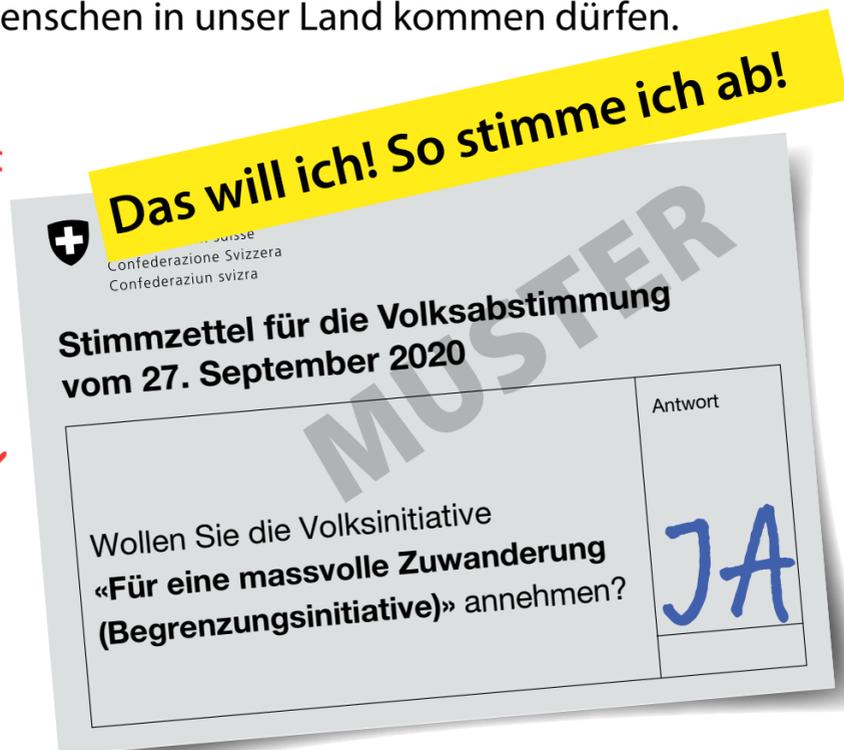
Weniger Mietdruck = **Mehr günstige Wohnungen** ✓

Weniger Strom- und Wasserverbrauch = **Mehr Umweltschutz** ✓

Weniger fremdsprachige Kinder in unseren Schulen = **Mehr Bildungschancen für unsere Kinder** ✓

Weniger Ausländerkriminalität = **Mehr Sicherheit** ✓

Weniger Zuwanderung in unsere Sozialwerke = **Mehr Unterstützung für Schweizer** ✓



«Wir sagen auch JA!»



Andreas Thiel, Satiriker

Grenzen sind etwas Gesundes, denn sie schränken den Geltungsbereich von Gesetzen ein. Unsere Grenzen schützen nicht nur uns vor fremden Gesetzen, sondern auch Fremde vor unseren Gesetzen. Die Ansicht, gewisse Ideen seien so grossartig, dass man daraus grenzübergreifende Gesetze ableiten könne, zeugt von einem Grössenwahn, dem wir Grenzen setzen müssen.



Prof. em. Dr. Martin Janssen unterrichtet Finanzmarktökonomie an der Universität Zürich und führt die ECOFIN-Gruppe.

Seit 1991 haben die Staatsausgaben um 2%, das Pro-Kopf-Einkommen um 0,6% pro Jahr zugenommen. Wegen der negativen Auswirkungen der Zuwanderung (Staus, höhere Mieten, Kulturlandverlust) ist das Einkommen des Mittelstandes nicht mehr gewachsen. Die Schweiz soll deshalb die Zuwanderung wie alle anderen Staaten wieder selber steuern.



Gabriella Binkert Becchetti, Gastgeberin

«Wie die Tessiner so spüren auch die Bündner Südtäler die negativen Folgen der Personenfreizügigkeit. Allein aus Italien strömen Tausende Grenzgänger auf unseren Arbeitsmarkt und verdrängen unsere inländischen Arbeitskräfte, weil sie bereit sind, für tiefere Löhne zu arbeiten. Das muss aufhören! Vor allem jetzt, in der Krise, müssen zuerst unsere Leute Arbeit und ein Auskommen haben.»



Susanne Burch, Bäuerin, Stalden OW

Seit 2007 sind rund 1 Million Menschen zusätzlich in unser schönes und kleines Land gekommen. Sie alle brauchen Wohnungen, Strassen, Schulen etc., was dazu führt, dass unsere Landschaft mehr und mehr zubetoniert wird. Kulturland geht verloren, die Artenvielfalt nimmt ab – in der Schweiz verschwinden im Schnitt 1,1 m² Kulturland pro Sekunde. Land, das wir Bauern gerne pflegen und bewirtschaften würden zur Produktion gesunder, einheimischer Lebensmittel.



Nicolas Rimoldi, Journalist, Mitglied Jungfreisinnige LU und Kampagnenleiter eidg. VI E-Voting-Moratorium, Co-Präsident Referendum Vaterschaftsurlaub

Die EU und ihre Handlanger schaden der Schweiz massiv. Es reicht! Hier entscheiden wir – nicht Brüssel. Die Begrenzungs-Initiative ist unsere einzige Chance, sich gegen die schlechende Zerstörung der Schweiz zu wehren. Nur sie führt die Schweiz in eine prosperierende, starke und freie Zukunft. Diese Initiative dient uns allen. Dienen wir der Schweiz.